

EULENSPIEGEL



Gewerkschaft der Polizei
Bezirksgruppe Braunschweig



Ausgabe 03/2017

31. Delegiertentag
7. bis 9.11.2017 · Osnabrück

WIR waren dabei!
Landesdelegiertentag 2017
in Osnabrück

Richtungsweisend.
Mit Sicherheit!

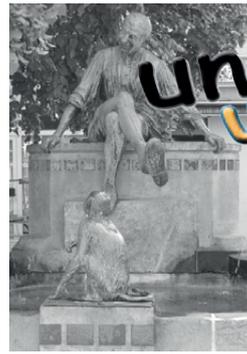


Unsere Delegation beim Landesdelegiertentag



Inhalt

31. Landesdelegiertentag der GdP in Osnabrück	4
Wir waren dabei - Ein Bericht	
Weihnachtsgruß	15
Ein Gedicht von Heinz Suplin	
Jürgen (Theo) Körner	16
Ein Portrait des neuen Vorsitzenden der GdP-Kreisgruppe Helmstedt	
Befristung - sachgrundlos oder nicht	18
Von Markus John	
Bezirksdelegiertentag in Peine	20
Ein Bericht von Sascha Göriz	
Gedicht „Der Sternenstrahl“	23
Von Holger Jürges	
Jahreshauptversammlung der GdP-KG Goslar	24
Ernst Reichert berichtet	
Jahreshauptversammlung der GdP-KG Gifhorn	25
Von Thomas Reuter	
Beurteilungen 2017	26
Beobachtungen von Rainer Holze	
GdP aktiv am Vorlesetag 2017	27
Von der Eulenspiegelredaktion	
Vereinbarungen der Großen Koalition	27
Abdruck des Ausschnitts der Koalitionsvereinbarung hinsichtlich der Inneren Angelegenheiten	
Bezirksfrauenkonferenz	34
Von Kornelia Wysocki	
Runder Tisch aus Politik, Personalräten und Gewerkschaft der Polizei in Rünigen	37
Ein Bericht von Christian Schultz und Jörg Kremer	
Neues aus dem Tarifbereich	40
Von Martina Wojna	



und übrigens...
und übrigens...

... bin ich der Neue im Redaktionsteam des Eulenspiegels. Ich heiße Markus John, bin 31 Jahre alt und im „richtigen Leben“ als Verwaltungsbeamter im Dezernat 21 der PD Braunschweig beschäftigt. Wenn ich nicht gerade Zeit mit meiner Familie oder mit Freunden verbringe, dann gehe ich meinen Interessen wie Politik, Musik und Geschichte nach.

In der GdP engagiere ich mich seit circa einem Jahr, wobei ich bereits in den Vorständen der Bezirks - bzw. der Jungen Gruppe aktiv bin. Stichwort Junge Gruppe: hier liegt meines Erachtens die Zukunft unserer Gewerkschaft, weshalb ich die Gelegenheit nutzen möchte, bei Kolleginnen und Kollegen, die das 35. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, für unsere Interessenvertretung zu werben.

Die GdP lebt von Menschen, die mitdiskutieren und mitgestalten wollen und sich für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen einsetzen. Leider musste ich bereits häufig feststellen, dass gerade unter jungen Menschen die Bereitschaft zum Ehrenamt geringer ausfällt. Dabei ist ein derartiges Engagement nicht nur interessant - es macht auch Spaß.

Ansonsten wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen der vorliegenden Ausgabe und außerdem ein paar schöne Weihnachtstage im Kreise Eurer Liebsten sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr .

Herzliche Grüße
Markus John

Impressum

Herausgeber:

GdP-Bezirksgruppe Braunschweig
Friedrich-Voigtländer-Straße 41 - 38104 Braunschweig
Verantwortlich (i.S.d.P.): Jörg Kremer
Tel.: +49 (0)5341 476-1082
Fax: +49 (0) 531 476 1080
vorstand@gdp-bezirksgruppe-bs.de

Druck:

PolPublik – Verlag für Polizeipublikationen GmbH
Postfach 1404 - 48235 Dülmen
Tel.: 02594 6812
E-Mail: polpublik@gmx.de

Redaktion, Konzept:

Jörg Kremer, Horst Graf,
Klaus-Dieter Uhde
Markus John

eulenspiegel@gdp-bezirksgruppe-bs.de

Layout, Satz (DTP):

Horst Graf, horst.graf@gdp-salzgitter.de

Leserbrief-Service:

leserbriefe@gdp-bezirksgruppe-bs.de

(und über unsere Webseite: www.gdp-bezirksgruppe-bs.de - Menü Eulenspiegel)



Foto: Ralf Hermes

In der OsnabrückHalle fand vom 07. - 09. November 2017 der 31. Landesdelegiertentag der GdP Niedersachsen statt. Die GdP-Bezirksgruppe Braunschweig war mit 38 Delegierten vor Ort. Höhepunkt des ersten Tages waren die Wahlen des geschäftsführenden Landesvorstandes. Die Braunschweiger Dietmar Schilff, Elke Gündner-Ede und Sascha Göritz wurden in ihren Ämtern wiedergewählt bzw. neu gewählt.

Von der Online-Redaktion & der GdP Niedersachsen

Es ist kurz vor 13.00 Uhr im Europasaal der OsnabrückHalle. Der Saal füllt sich mit über 380 GdP-Mitgliedern in unterschiedlichsten Funktionen aus allen Teilen Niedersachsens. Um kurz nach 13.00 Uhr begrüßt der Landesvorsitzende Dietmar Schilff die Anwesenden zum 31. Ordentlichen Landesdelegiertentag in Osnabrück und wünscht der Veranstaltung einen guten Verlauf. Von den Delegierten wird als einer der ersten Tagesordnungspunkte mit Bernd Dreier (Oldenburg), Lutz Ike (Göttingen) und der Helmsted-

terin Angelika Kunert (Vorsitzende des Bezirkspersonalrates PD Braunschweig) auch die Verhandlungsleitung gewählt. Nach einer bewegenden Totenehrung fährt der Landesvorsitzende mit seinem Geschäftsbericht aus den Jahren 2013-2017 fort.

Die GdP hat im Bundesgebiet über 185.000 Mitglieder. In Niedersachsen konnte der Wunsch nach über 15.000 Mitgliedern, im Oktober 2017, erfüllt werden. Schilff bedankt sich bei allen Mitgliedern für das entgegen gebrachte Vertrau-



Der Vorsitzende der GdP Niedersachsen und stellvertretende Vorsitzende des GdP Bundesvorstandes: Dietmar Schilff bei seiner Rede.



en. Weiter führte er auch die Anfeindungen in der Hannoveraner Presse über seine Nebeneinkünfte als Landes- und stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP an. Das sei eine äußerst „schmutzige Kampagne“ gegen seine Person gewesen, die an seine Substanz gingen. Er bedankte sich für die erhaltene Unterstützung des Landesvorstandes und den Mitgliedern. „Das habe richtig gut getan und daraus konnte er wieder Kraft tanken“.

Einen weiteren Dank sprach Dietmar Schilff den Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates Martin Hellweg für seine geleistete Arbeit und die Zusammenarbeit zwischen GdP und Polizeihauptpersonalrat aus.

Ein herausragendes Ergebnis habe die GdP bei den Personalratswahlen 2016 erzielt. In fast allen Bereichen und Ebenen stellt die GdP die Mehrheit und den Vorsitz. Ein weiteres, auf dem 30. Landesdelegiertentag in Cuxhaven formuliertes Ziel, die Zusammenarbeit mit dem gewerkschaftseigenen Verlag



Die OsnabrückHalle in Osnabrück diente als Tagungsstätte. Foto: Jörg Kremer

Deutsche Polizeiliteratur (VDP) mit allen Kreis- und Bezirksgruppen in Niedersachsen umzusetzen, ist erfüllt worden.

Auch die Zusammenarbeit der GdP mit der bisherigen Landesregierung wurde als gut beschrieben.

Stellenhebungen, Abschaffung des Dienstpostenkonzeptes A11, Wiedereinführung der Heilfürsorge, Erhöhung „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ (nach 25 Jahren ohne

Veränderung!) wurden nur aufgrund der Hartnäckigkeit der GdP letztendlich umgesetzt. Das Ziel, 5 Euro pro Stunde, wird weiterhin verfolgt. Auch die Rückabwicklung bei der Privatisierung von Servicebereichen der Polizei in den Liegenschaften, die Durchsetzung des Freisetzungsprogramms und die Einführung des § 114 StGB, Gewalt gegen die Polizei und Rettungskräfte, seien Errungenschaften der GdP, so Schilff in seinen Ausführungen zum Geschäftsbericht.

Martin Hellweg präsentierte anschließend den Kassenbericht der GdP Niedersachsen. Hierbei gab es keinerlei Beanstandungen.

Nach dem der Vorstand von den Delegierten entlastet wurde, folgte der Tageshöhepunkt, die Wahlen des geschäftsführenden Vorstandes.

Die Braunschweiger Gewerkschaftler Dietmar Schilff und Elke Gündner-Ede stellten sich in ihren Ämtern zur Wiederwahl. Sascha Göritz kandidierte erstmals als Landeskassierer. Sie wurden, wie



Das Plenum beim 31. Landesdelegiertentag in Osnabrück



die restlichen sechs Kandidaten auch, mit großer Mehrheit gewählt.

Über die gewählten Funktionäre der Gewerkschaft der Polizei, die ihre Wurzeln innerhalb der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig haben, wollen wir im Weiteren in Form eines Kurzportraits sowie eines kurzen Motivations-Statements berichten:

Alter und neuer Landesvorsitzender: Dietmar Schilff (55)

GdP-Bezirksgruppe Braunschweig/Kreisgruppe Braunschweig, Polizeihauptkommissar, Polizeiinspektion Braunschweig, als Polizeihauptpersonalrat tätig im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei:

„Antrieb für meine Arbeit in der GdP ist die gewerkschaftliche Solidarität. Ich setze mich auf verschiedenen politischen Ebenen im Sinne aller Polizeibeschäftigten ein, also für Vollzugs- und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte wie auch für die Tarifbeschäftigten. Nur eine gut aufgestellte und gerecht bewertete Polizei kann auf Dauer mithelfen, die innere Sicherheit und damit unser Gemeinwesen und die Demokratie zu stärken. Dafür müssen die Bedingungen stimmen und die Aufgabenbereiche innerhalb der niedersächsischen Polizei attraktiv sein.

Auch wenn es noch viel zu tun gibt, haben wir in vergangenen Jahren schon sehr viel erreicht. Daran



Frisch gewählt bzw. im Amt bestätigt: V.l.n.r.: Sascha Göritz, Elke Gündner Ede und Dietmar Schilff. Foto: Jörg Kremer

will ich in der nächsten Amtszeit mit einem starken Team anknüpfen.“

Alte und neue stellvertretende Landesvorsitzende: Elke Gündner-Ede (61)

GdP-Bezirksgruppe Braunschweig, GdP-Kreisgruppe Salzgitter, Verwaltungsangestellte in der Polizeiinspektion Salzgitter, als stellvertretende Vorsitzende im Polizeihauptpersonalrat tätig im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport:

„Ich engagiere mich im Bereich Tarif-, Frauen- und Sozialpolitik. Eine zentrale Aufgabe sehe ich in der nächsten Zeit in der Realisierung von Perspektiven für die Kolleginnen und Kollegen, die in der Verwaltung beschäftigt sind. Die Ergebnisse der Landesarbeitsgruppe Verwaltung müssen unbedingt umgesetzt werden. Die Möglichkeiten der Freisetzung müssen dazu führen, dass auch für Beschäftigte

und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte gerechte Eingruppierungen realisiert werden.“

Neuer Landeskassierer: Sascha Göritz (43),

GdP-Bezirksgruppe Braunschweig/GdP-Kreisgruppe Goslar, Polizeihauptkommissar und Dienstabteilungsleiter im Einsatz- und Streifendienst in der Polizeiinspektion Goslar:

„Ich engagiere mich in der GdP, weil ich selbst nicht ohnmächtig den Entscheidungen anderer hinterher schauen möchte, sondern weil ich fest daran glaube, dass man über Beteiligung und Mitnahme anderer die besten Ergebnisse erzielen kann.

Mit meinen täglichen praktischen Erfahrungen an der Polizeibasis möchte ich mich im gewerkschaftlichen Dialog nicht in die bequeme Schmollecke zurückziehen und vielleicht noch den Zeigefinger heben, sondern aktiv an der Meinungs-



und Willensbildung in der GdP mitwirken.

Des Weiteren wurden gewählt:

Jörg Mildahn (BG Oldenburg) zum stellvertretenden Vorsitzenden, Kevin Komolka (BG Göttingen) zum stellvertretenden Vorsitzenden, Martin Hellweg (BG Lüneburg) zum stellvertretenden Vorsitzenden, Petra Franzen (ZPD Niedersachsen) zur stellvertretenden Landeskassiererin, Sebastian Timke (BG Göttingen) zum Landesschriftführer und Andreas Kauß (BG Oldenburg) zum stellvertretenden Landesschriftführer.

Allen gewählten auch an dieser Stelle nochmals herzlichen Glückwunsch sowie viel Kraft und Erfolg in ihren Ämtern. Die Braunschweiger Delegation ließ den Abend im Hotel Westermann, in der dortigen

Bierstube, bei leckerem Essen sowie Getränken ausklingen. Besonders begrüßt wurde der ehemalige GdP-Landesvorsitzende und Braunschweiger Polizeipräsident a.D. Horst-Udo Ahlers.

Mit der Resolution, die am zweiten Tag einstimmig verabschiedet wurde, fordert die GdP Niedersachsen ab 2018 Investitionen in die Polizei in Höhe von jährlich mindestens 40 Millionen Euro. Neben guter Bildung, einem stabilen Arbeitsmarkt, der Bekämpfung von Fluchtursachen und einer aktiveren Integrationsarbeit müssten auch die Rahmenbedingungen bei der Polizei stimmen, um den Rechtsstaat zu stabilisieren, und zwar unabhängig von der Kassenlage des Landes, heißt es in der Begründung. „Die aktuelle Steuerschätzung erlaubt Handlungsmöglichkeiten. Man muss es nur wollen“, sagte der am Vortag wiedergewählte GdP-Lan-

desvorsitzende Dietmar Schilff. Die Politik und die Polizeiführung hätten bereits das „Attraktivitätsprogramm für die Polizei 2018 - 2022“, das Handlungskonzept der GdP Niedersachsen, erhalten. „Niemand kann sagen, dass er nicht weiß, was notwendig ist. Wenn das in den nächsten Jahren umgesetzt wird, dann geht es der Polizei besser“, so Schilff weiter.

Polizei braucht Verstärkung. Eine Verstärkung der Polizei ist aus mehreren Gründen erforderlich, so die GdP in ihrer Resolution: Die Polizei muss zusätzlich neue Herausforderungen wie etwa die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus und die Zunahme von Straftaten in neuartigen Kriminalitätsfeldern wie der Cyberkriminalität bewältigen. Außerdem fehlt auch durch eine Vielzahl von Großeinsätzen das Personal an anderer Stelle. Die Präsenz in der Fläche, die



Die Braunschweiger GdP-Gewerkschaftler im Tagungssaal bei der Arbeit. Foto: Jörg Kremer



Bekämpfung der Einbruchskriminalität sowie Verkehrsprävention und -kontrolle dürften aber nicht vernachlässigt werden.

Die GdP gibt dabei zu bedenken, dass die Personalaufstockung einen Vorlauf von drei Jahren benötigt, da die Nachwuchs-Kommissarinnen und -Kommissare erst ausgebildet werden müssen. In den nächsten zwölf Jahren gehen fast 10.500 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie etliche Verwaltungskräfte in den Ruhestand. Außerdem befinden sich aus familiären Gründen 25 Prozent in Teilzeit oder im Urlaub. Doch ein Ausgleich ist noch keine Verstärkung, betont die GdP.

Zahlreiche weitere Anträge

Um ausreichend Nachwuchs gewinnen zu können und die Bedingungen für die Beamtinnen und Beamten im Vollzug und in der Verwaltung sowie für die Tarifbeschäftigten zu verbessern, hat die GdP bei ihrem Landesdelegiertentag eine Reihe von Forderungen und Möglichkeiten formuliert, die sie bei Gesprächen mit der Politik und dem Dienstherrn einbringen wird. Sie betreffen u.a. die Bereiche Ausstattung und Ausrüstung, Bezahlung und Beförderungen sowie Gesundheitsmanagement und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Attraktivere Bedingungen

Ein zentraler Punkt dabei ist, Beamtinnen und Beamten, die vielen Jahren nach A 9 besoldet werden, endlich eine Beförderung zu ermöglichen. Gleiches gilt für den Tarifbereich und die Verwaltungsbeamtinnen und -beamten. Auch hier gehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilweise mit dem gleichen Gehalt in den Ruhestand,

mit dem sie auch viele Jahre zuvor eingestellt wurden.

Neben der Wiedereinführung des Weihnachtsgelds bzw. einer Sonderzahlung wie auch der Wiedereinführung des Familien- und Kinderzuschlags sollen verschiedene Zulagen erhöht werden, um die gestiegenen Belastungen zu kompensieren. Die GdP will sich auch für eine einheitliche die Besoldung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten in allen Bundesländern einsetzen. Zurzeit gibt es hier Unterschiede in Höhe von mehreren Hundert Euro, wobei Niedersachsen im unteren Mittelfeld rangiert.

Bessere Ausstattung

Damit die Polizei zur Inneren Sicherheit effektiv beitragen kann, braucht sie eine gute und moderne Ausstattung. Die GdP begleitet seit jeher die Beschaffungsprozesse mit wachem, konstruktiv-kritischem Auge. Zum Beispiel sollen nach dem Delegierten-votum gelbe Signaljacken zur Grundausrüstung gehören und Spuckschutzhauben angeschafft werden. Zudem sollten alle neuen Funkstreifenwagen mit Navigationsgeräten ausgestattet werden und eine Trennung zwischen Vorder- und Hintersitzen für den sicheren Transport von Festgenommenen eingebaut werden. Auch im Ermittlungsbereich muss zum Beispiel bei der Digitalisierung deutlich nachgebessert werden.

Gesellschaftspolitische Forderungen

Nicht zuletzt ist es der GdP ein wichtiges Anliegen, sich gesellschaftspo-

litisch einzumischen. Deshalb geht vom Delegiertentag unter anderem die Forderung aus, dass Clan-Kriminalität konsequent und strukturiert bekämpft werden muss und die Verkehrsdatenspeicherung auf ihre Wirksamkeit zur Bekämpfung von terroristischen Bedrohungen und anderen bedeutsamen Kriminalitätsphänomene überprüft werden soll. Außerdem fordert die GdP, dass nicht nur Gewalt von Rechts, sondern gleichermaßen auch von Links in der Gesellschaft nicht toleriert wird.

Die Delegierten stimmten über 175 Anträge in den Bereichen Beamtenrecht, Dienstlich-Soziales, Tarif- und Sozialversicherungsrecht, Satzung und Organisation sowie Gesellschaftspolitik, ab.

Auch aus der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig sowie den angegliederten Kreisgruppen Braunschweig, Helmstedt, Wolfsburg und Salzgitter gab es 24 Anträge.

Der zweite Tag endete in der OsnabrückHalle beim Niedersachsen-Abend. Neben einem reichhaltigen Buffet und Getränken konnte auch das Tanzbein geschwungen werden. Auf der Gästeliste standen u.a.: Uwe Binias (Landespolizeipräsident), Knut Lindenau (Landespolizeidirektor), Oliver Malchow (GdP-Bundesvorsitzender), Klaus-Peter Bachmann (Landtagsvizepräsident), die ehemaligen GdP-Landesvorsitzenden Helmut Bläsche und Horst-Udo Ahlers, Thomas Addasch (MdL, CDU), die GdP-Landesvorsitzenden aus Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Hessen und Bayern.

Mit dem offiziellen Teil ist dann am Donnerstag der 31. Ordentli-



Am 2. Tagungstag in der ersten Reihe: Einige der prominenten Gäste aus Politik und Gewerkschaft.
Foto: Jörg Kremer

che Landesdelegiertentag zu Ende gegangen. Dabei wandten sich die Osnabrücker Beigeordnete und CDU-MdL Anette Meyer zu Strohen sowie der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow mit Grußworten an die Delegierten und Gäste, unter denen sich auch mehrere GdP-Landesvorsitzende, Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten, Vertreter des DGB und der GEW befanden. Im Anschluss sprachen Innenminister Boris Pistorius und der neu gewählte Landesvorsitzende Dietmar Schilff zur gewerkschaftspolitischen Ausrichtung der GdP. Außerdem hielt Pastor Frank Waterstraat vom Kirchlichen Dienst in Polizei und Zoll der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen einen Vortrag zum Thema „Bewältigung von Einsätzen mit hoher Eigengefährdung“. Musikalisch umrahmt wurde die

Veranstaltung vom Polizeiorchester Niedersachsen.

Als Vertreterin der Stadt Osnabrück begrüßte die Beigeordnete Anette Meyer zu Strohen die GdP und ihre Gäste in der sogenannten Friedensstadt. Dieser Titel sei einerseits ein Bekenntnis zur Geschichte und erinnere an die Verkündung des Westfälischen Friedens im Jahr 1648, andererseits aber auch Programm: Mit vielen Aktivitäten und Veranstaltungen bemühe sich die Stadt um einen friedfertigen und toleranten Umgang mit Menschen und Kulturen. Mit Blick auf die Kriminalstatistik von Osnabrück und Umgebung sagte Meyer zu Strohen, dass „wir hier zwar nicht auf der Insel der Glückseligen leben, aber recht sicher.“ „Gefährder“, Mord, Totschlag - so etwas halte

sich in Osnabrück alles in Grenzen. Auf diese erfreuliche Situation habe die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten erheblichen Einfluss, lobte sie und sprach allen in Niedersachsen, die - unter schwierigen Bedingungen - für Recht, Ordnung und Sicherheit eintreten, Dank und Anerkennung aus. Polizistinnen und Polizisten leisteten einerseits Sozialarbeit, zum Beispiel wenn sie bei häuslicher Gewalt oder Nachbarschaftsstreitigkeiten einschreiten. Andererseits sorgten sie dafür, dass keine rechtsfreien Räume entstehen, bei Großveranstaltungen oder beim G-20 Gipfel. Daher sei das Motto des Landesdelegiertentags „Richtungsweisend. Mit Sicherheit!“ zu recht gewählt. Die Polizei stehe vor großen Herausforderungen: durch die zunehmende Einbruchskriminalität, die Cyberkriminalität und



grenzüberschreitende Organisierte Kriminalität, aber vor allem auch durch politischen Extremismus und die Terrorgefahr.

In seinem Grußwort betonte der Bundesvorsitzende der GdP, Oliver Malchow, dass es „mehr als überfällig“ gewesen sei, den Schutz von Polizeibeamtinnen und -beamten mit dem neuen Paragraf 114 im Strafgesetzbuch stärker zu verankern. „6.345 mehr Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte wurden 2016 Opfer von vollendeten Straftaten. Diese Steigerung von elf Prozent gegenüber dem Vorjahr unterstreicht die politische Bedeutung, den Schutz von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften endlich zu stärken. Das ist auch ein Zeichen der Wertschätzung“, so Malchow. Da Polizisten inzwischen völlig ohne Anlass angegriffen würden, sei es absolut richtig, dass die gesetzlichen Änderungen auch für Feuerwehr und Rettungsdienst gelten.

Mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl sagte Malchow: „Was wir seit vielen Jahren gefordert haben, wird jetzt auch umgesetzt - die Stärkung der Polizei“. Das Thema Innere Sicherheit habe Rückenwind.



Der Bundesvorsitzende der GdP Oliver Malchow (rechts) mit dem Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig, Jörg Kremer. Foto: Ralf Hermes

„Es wird nur die Frage sein, ob man die Sorgen und Nöte der Bürger ernst nimmt und auch in politisches Handeln überführt.“ Die erheblichen Personallücken bei der Polizei vielerorts in Deutschland müssten endlich geschlossen werden, forderte Malchow. Der Rechtsstaat sei in Gefahr, wenn aufgrund von Personalmangel eine sachgerechte Bear-

beitung von Wohnungseinbrüchen, Fahrraddiebstählen und Sachbeschädigungen unterbleibt. Zudem gelte es aus polizeilicher Sicht, so Malchow, die Möglichkeiten der Ermittlungsbehörden zu verbessern. Die Schaffung eines Muster-Polizeigesetzes gehöre ebenso dazu wie die konsequente Umsetzung der erweiterten Nutzen von DNA-Analysen oder die Koordinierung der Beobachtung von Gefährdern unter dem Dach des Bundeskriminalamtes.

Innenminister Boris Pistorius gratulierte zu Beginn seiner Rede dem neuen geschäftsführenden Vorstand und wünschte Tatkraft für das, was „hoffentlich gemeinsam vor uns liegt“. Die Auseinandersetzung mit der GdP sei in der Sache hart, aber konsensgeprägt. „Durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit und durch einen ständigen Dialog mit der GdP ist es uns seit 2013 gemeinsam gelungen, notwendige



Ein sicherlich besonderes Event: Das Polizeiorchester Niedersachsen.



und auch überfällige Maßnahmen für die Polizei umzusetzen“, sagte Pistorius.

Da sich Niedersachsen in der Zeit zwischen der Wahl und der Bildung einer neuen Regierung befindet, sei es zurzeit „etwas schwierig mit der Verkündung öffentlicher Botschaften“. Er wisse nicht, ob er im Amt bleibe: „Aber eins kann ich sagen: Ich will im Amt bleiben“. 2013 sei er mit dem Ziel angetreten, für eine gut aufgestellte Polizei zu sorgen und den Polizeibeschäftigten eine höhere Wertschätzung entgegenzubringen. Seitdem sei vieles von dem, was die GdP bei ihrem Landesdelegiertentag im November 2013 gefordert habe, nachhaltig verbessert worden.

Als Beispiele nannte Pistorius Stellenhebungen, die Erhöhung von Zulagen, aber auch die notwendige Verbesserung der Personalstruktur. Mit 21.061 Stellen habe die Polizei Niedersachsen so viele Polizistinnen und Polizisten wie noch nie. Auch die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter anzuheben und einen zusätzlichen Einstellungstermin im April einzurichten, sei lange überfällig gewesen. „Wir ersetzen zeitgerecht nach. Das heißt, wer ausscheidet wird durch einen ausgebildeten Polizisten ersetzt, nicht nur einen Anwärter - das ist ein Unterschied“.

Mit 3.000 Studierenden habe die Polizeiakademie einen „historischen Höchststand“ erreicht. Ab Frühjahr 2019 würde dies in der gesamten Polizei seine Wirkung entfalten. Zudem sei damit begonnen worden, Vollzugsbeamtinnen und -beamte stärker von Verwaltungsaufgaben zu befreien und verstärkt Experten einzustellen. An diesem Konzept will Pistorius „ausdrücklich festhalten“. Zudem will er seine „Strategie



Boris Pistorius, der Niedersächsische Innenminister bei seiner Rede.

2020“ fortsetzen und das Ziel einer „modernen Organisations- und Führungskultur“ weiterverfolgen, zu der mehr Transparenz und eine regelmäßige Befragung auf Aufgabenkritik gehörten.

Auch an regelmäßigen Gesprächen in den Direktionen wolle der Minister festhalten, um einen „direkten, intensiven, echten, unmittelbaren Informationsaustausch“ zu haben. Mehr Wertschätzung drücke sich auch in der Ausstattung auf, so Pistorius. Und diese werde immer wichtiger, weil es immer mehr Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten und mehr risikobehaftete Einsätze gebe. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die für den Schutz anderer sorgen, solchen Angriffen schutzlos ausgeliefert sind“. Deshalb hatte sich Pistorius auch für die entsprechende gesetzliche Änderung stark gemacht (§ 114 StGB).

Zudem seien ballistische Helme, ausziehbare Einsatzstöcke und Schutzwesten angeschafft worden oder in der Erprobung. Ein Vertrag

über die Beschaffung 500 Body-Cams sei gerade abgeschlossen worden. Auch wenn Niedersachsen ein sicheres Bundesland sei, die Anzahl der Straftaten um acht Prozent zurückgegangen seien, die Investitionen für die Sicherheit von 28 auf 33 Millionen Euro jährlich erhöht wurden und sich die Bilanz der Landesregierung in Hinsicht auf Polizei sehen lassen kann, gebe es weiteren Optimierungsbedarf. „Das können wir nur gemeinsam bewältigen, indem wir versuchen, alle Beschäftigten in der Polizei daran zu beteiligen. Diesen Weg möchte ich mit der GdP aber auch den Personalvertretungen weitergehen“, sagte der Innenminister.

Er lobte das außergewöhnliche Engagement der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und forderte die GdP auf, weiterhin unbequem zu sein und konstruktiv mit ihm darüber zu streiten, was machbar ist und was nicht. „Ich habe Sie nie als verbissene Gegenspieler erlebt, sondern die Gespräche immer als außerordentlichen fruchtbaren Dialog empfunden. Der gemeinsame



Einsatz für das Wohl der Polizei eint uns“, so Pistorius abschließend. Und das wiederum sei Grundlage für Sicherheit und Demokratie.

Gerade Polizistinnen und Polizisten sind einem erheblich höheren Risiko ausgesetzt, mit außerordentlich belastenden Eindrücken und vielfältigen „Stressoren“ konfrontiert zu werden. Davon ausgehend wies Frank Waterstraat vom Kirchlichen Dienst in Polizei und Zoll der Konföderation ev. Kirchen in Niedersachsen darauf hin, wie wichtig es ist, sich auf Grenzerfahrungen vorzubereiten. „Wer begreift, was passiert ist, wer einen Zugang findet auch zu bedrohlichem, entsetzlichem Geschehen, kann damit eher aktiv und für sich hilfreich umgehen als der, der sich überrollt und ausgeliefert fühlt“, erläuterte Waterstraat.

Zu den Grenzerfahrungen gehörten zum Beispiel Situationen, in denen Polizistinnen und Polizisten Gewalt anwenden müssten oder auch die Begegnung mit dem Tod und Schwerverletzten. Aber auch mit der Möglichkeit, dass eine Kollegin oder ein Kollege oder man selbst getötet oder schwer verletzt werden könnte, sollten sich die Polizistinnen und Polizisten, grundsätzlich einmal auseinandersetzen.

Für Extremsituationen gelte: „Stehe still und sammle Dich“, so Waterstraat. Ruhe auszustrahlen, könne man üben. Zudem sollten sich die Einsatzkräfte auf ihre Fachkompetenzen besinnen, das umsetzen, was sie gelernt haben, umsetzen und ihre Ausrüstung nutzen: „Sie sind eine Macht, sie können etwas und Sie sind nie alleine.“

Neben persönlichen, emotionalen Bindungen, aus denen Gefühle

wie Sicherheit, Geborgenheit und Selbstvertrauen entstehen könnten, helfe auch ein verlässliches berufliches Netzwerk, um für Situationen mit hoher Eigengefährdung gewappnet zu sein, ebenso wie körperliche Fitness und Gesundheit.

„Die GdP Niedersachsen wird sich weiterhin mit einer deutlichen demokratischen Auseinandersetzung für eine gerechtere Zukunft einsetzen, ohne den Dialog und den Konsens zu vernachlässigen“. Das versprach der neu gewählte Vorsitzende, Dietmar Schilff, in seiner Abschlussrede. Er zeigte zahlreiche Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft auf und forderte eine verstärkte Sozialpartnerschaft sowie Politikerinnen und Politiker, die die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen auf Augenhöhe praktizierten.

„Verhandeln statt Verordnen, das muss obligatorisch sein“, so Schilff. In diesem Zusammenhang dankte er dem anwesenden Innenminister Boris Pistorius (SPD), der nach zehn problematischen Jahren mit seinem Vorgänger, eine neue Gesprächskultur eingeführt habe.

Auch wenn viele Verbesserungen in den vergangenen fast fünf Jahren erreicht wurden, so werde die GdP weiterhin „die Hand heben, die Faust aus der Tasche nehmen und sich vielfältig einbringen. Mit Papieren, in den Medien, bei Veranstaltungen und Diskussionen, durch Gespräche und auch auf der Straße.“ Oft genug habe die GdP erlebt, dass sich ohne starke Demonstrationen nur wenig weiterentwickelt hätte. Von daher würden Trillerpfeifen, Knarren, Rasseln und Sirenen immer auch

weiter Bestandteile gewerkschaftlicher Auseinandersetzung bleiben.

Ungerechtigkeiten bei Rente, Pflege und in der freien Wirtschaft

Schilff kritisierte, dass auf Bundesebene in den vergangenen Jahren die Meinung der Gewerkschaften nicht ausreichend berücksichtigt worden sei: „Hätte man zum Beispiel auf die GdP gehört, dann wären in den letzten 15 Jahren nicht bundesweit 20.000 Stellen bei der Polizei abgebaut wurden. Hätte man auf die Gewerkschaften gehört, dann sehe es bei der Bildung und Integration, in der Pflege, im Arbeitsbereich und auch in der Industriepolitik besser aus. Hätte man frühzeitig auf Gewerkschaften gehört, dann hätten wir auch nicht diesen Rechtsruck unserer Gesellschaft.“ Viele Menschen in Deutschland fühlten sich irritiert und allein gelassen. Es sei Aufgabe der Politik für eine Umkehr zu sorgen, Ungerechtigkeiten abzufedern und dafür zu sorgen, dass sich Wählerinnen und Wähler nicht noch weiter von der Politik entfremden.

Schilff kritisierte, dass es große Ungerechtigkeiten in der Rente gibt, dass nach einer Studie von ver.di 70.000 Stellen in der Pflege fehlen und dass Manager den Fortbestand von VW, einem der größten Arbeitsgeber Deutschlands gefährden, während Tausende von Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

In Bezug auf den öffentlichen Dienst und die Polizei kritisierte der am Dienstag im Amt bestätigte GdP-Landesvorsitzende die



unterschiedlichen Bezahlssysteme im Ländervergleich. Die Föderalismusreform müsse deshalb wieder rückgängig gemacht werden und Polizistinnen und Polizisten einheitlich besoldet werden. Außerdem sei es ungerecht, dass Niedersachsen eins von vier Bundesländern sei, in denen es kein Weihnachtsgeld bzw. keine Sonderzahlung für Beamtinnen und Beamten ab A 9 gibt. Auch die Arbeitsleistung derjenigen, die „den Laden am Laufen halten“, also die Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und –beamte bräuchten dringend bessere Perspektiven.

Ausblick in die Zukunft

Für die Zukunft forderte Schilff eine sachliche Diskussion über die Arbeit

des öffentlichen Dienstes, über die Daseinsvorsorge, die Bildung sowie über die innere Sicherheit. Im Zentrum müsse dabei die Verbesserung der Attraktivität für die Arbeit in allen polizeilichen Bereichen stehen, so wie es die GdP Niedersachsen in ihrem Attraktivitätsprogramm sowie in ihrer Resolution zum Landesdelegierten formuliert hat. „Es geht um mehr Wertschätzung der Menschen, die tagaus-tagein für Sicherheit sorgen, angepöbelt, angespuckt und an Seele, zum Beispiel bei der Kinderpornographie, und an Leib, zum Beispiel beim G-20-Gipfel verletzt werden.“ Schilff listete daher zentrale Forderungen auf: Mehr Personal in allen Bereichen der Polizei, der Wiedereinstieg in eine Sonderzahlung, eine gerechtere Bewertung der polizeilichen Arbeit, Aufstiegschancen für alle, keine

getrennten Ausbildungsgänge für Schutz- und Kriminalpolizei. „Dafür werden wir uns als GdP weiterhin einsetzen und für eine gerechte, soziale, rassistisfreie Gesellschaft arbeiten, die Schwächeren hilft“, so Schilff abschließend.

Unter großem Beifall der Delegierten und Gäste endete der Landesdelegiertentag 2017 am Mittag.

In vier Jahren steht dann der 32. Landesdelegiertentag auf dem Programm der GdP Niedersachsen. □



Foto-Impressionen von den Braunschweiger Delegierten in Osnabrück





Noch mehr Foto-Impressionen von den Braunschweiger Delegierten





Weihnachtsgruß

Von Heinz Suplin - Weihnachten 2017

Schneeflocken mich umgeben
Süße Klänge, Kerzenpracht.
Welch' ein herrliches Erleben.
Streife in der Heiligen Nacht.

Meine Schritte dämpft die Strasse,
die im wessen Kleid erwacht.
Stets allein in jeder Gasse
Stapf' ich durch die Heilige Nacht.

Langsam sinnend geh' ich heute,
Komm' an manchem Haus vorbei.
Sehe hier und da die Leute,
schaue Freud' und Leid dabei.

Hin und wieder knarren Türen,
eine Kinderstimme aus dem Fenster ruft:
„Hallo, Polizist! Komm mal sehen,
was das Christkind mir gebracht“

Innig denk' ich an die Meinen,
die zu Haus alleine sind.
Meine Frau, ich weiß, wird weinen,
nach mir fragen wird mein Kind.

Lieber Gott, ich gehe Streife.
Einer muss ja sein, der wacht.
Schön und schwer sind diese Stunden.
Streife in der Heiligen Nacht.

Auf dem Marktplatz steht der Christbaum.
Trautes Licht den Platz erhellt.
Oft schon dachte ich,
dieses Bäumchen sei für mich dort aufgestellt.

Und ich bleibe einmal stehen,
grüß' den Baum, der Freud' gebracht,
bete leis' und gehe weiter.
Streife in der Heiligen Nacht.

Alle Glocken jetzt erbeben,
überall klingt's: „Stille Nacht“.
Welch' ein herrliches Erleben.
Streife in der Heiligen Nacht.



Jürgen (Theo) Körner

Der neue Vorsitzende der GdP-Kreisgruppe Helmstedt

EIN PORTRAIT



Mein Name ist Jürgen Körner (genannt „Theo“) und bin 52 Jahre alt. Nach einer Standzeit von fast 14 Jahren bin ich im Jahr 2016 Polizeioberkommissar geworden. Meine Dienststelle ist das Polizeikommissariat Helmstedt, und dort bin ich im Arbeitsfeld 5 tätig.

Im Oktober 1981 begann meine Ausbildung bei der Polizei Niedersachsen in Hann. Münden. Nach der Ausbildung war ich noch einige Jahre in der Bereitschaftspolizei Braunschweig eingesetzt.

In den Einzeldienst zum damaligen Polizeirevier Helmstedt

wurde ich im Oktober 1988 versetzt. Nach mehrjährigen Stationen auf dem ehemaligen Polizeistützpunkt Autobahnkontrollpunkt Helmstedt, beim ZKD/KED der Polizeiinspektion Helmstedt, bei der Polizeiinspektion Wolfsburg in der Einsatzleitstelle und zuletzt beim Polizeikommissariat Schöningen, gehöre ich nun seit Oktober 2017 zum KED beim PK Helmstedt.

Nebenbei bin ich noch Einsatzkoch der Abteilung Berta/33. EHu und bin Mitglied der regionalen Kontrollgruppe Braunschweig.

Ich habe die Aufgabe des Vorsitzenden übernommen, weil ich den Erhalt der Kreisgruppe sichern möchte, und gleichzeitig möchte ich versuchen, junge Kollegen mit an die Vorstandsarbeit heran zuführen, um dann die Verantwortung in junge Hände übergeben zu können.

Ich selbst will versuchen, dass ich ein Ansprechpartner für alle Mitglieder der Kreisgruppe und auch für alle anderen Bediensteten werde.

Dazu muss ich mich aber erst noch einarbeiten und auch neue Ideen entwickeln, um an-



sprechbar und erreichbar zu sein.

Des Weiteren will ich aber auch ein Auge und Ohr für die „großen“ Dinge innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft haben, um mich bzw. uns als Gewerkschaft dann einzubringen.

In der kurzen Zeit nach meinem „Amtsantritt“ haben sich schon einige Dinge heraus kristallisiert, bei denen ich mich gern einbringen möchte.

Dies sind

- die Aufstellung der Versorgungsgruppen einschl. Einsatzköche (Überalterung / kein Nachwuchs)
- Aufwertung des Ansehens und Wertschätzung des ESD und der Arbeitsfelder Verkehr
- Ausstattung und Fahrzeugmodelle der Funkstreifenwagen (u.a. Größe und Motorisierung der Fahrzeuge)

Dienstlich zu erreichen bin ich unter : 05351 / 521-335

Jürgen „Theo“ Körner



Oktoberfest der Kreisgruppe Helmstedt

Am 13. Oktober 2017 feierte die Kreisgruppe Helmstedt der GdP ihr diesjähriges Oktoberfest mit zahlreichen Kollegen/innen, Pensionären und Gästen. Neben den herzhaften Haxen und süffigen Getränken im Gewölbekeller des St. Ludgerus Kloster in Helmstedt, gab es diesmal eine außergewöhnliche Attraktion. So hatte sich der ehemalige Kollege und Pensionär Lothar Kunert mit seinem Gesangspartner Peter bereit erklärt, etwas zur musikalischen Unterhalt beizutragen.

So kam es, dass die diesjährigen Gäste zum ersten und hoffentlich nicht zum letzten Mal in den Genuss kamen, ehrliche Livemusik hautnah mitzuer-

leben. Nach etlichen Zugaben wurden dann beide mit großem Applaus verabschiedet.

Das Organisationsteam mit Dominic, Selina und Caroline hatten zum diesjährigen Oktoberfest, neben einem originellen Plakat und Flyern, dann eine weitere Idee, um das Fest noch authentischer zu machen. So sollten alle Gäste, die in Tracht erscheinen, ein Freigetränk erhalten. Dies wurde auch zahlreich angenommen.

Nach einem geselligen Beisammensein klang der Abend gemütlich aus.



Befristung - sachgrundlos oder nicht

Das ist hier NICHT die Frage... !?

Von Markus John

Anfang des Jahres titelte der Kölner Stadt Anzeiger polemisch: „Polizei Köln verliert 62 Mitarbeiter“. Doch was war geschehen? Um innerhalb kürzester Zeit dringend benötigte zusätzliche Beamtinnen und Beamte für den Vollzugsdienst zu gewinnen, wurden 62 Bedienstete aus dem Verwaltungsdienst freigesetzt und ihren originären Tätigkeiten zugeführt. Die somit freigeordneten Stellen wurden durch die befristete Einstellung von Tarifpersonal nachbesetzt. In der Hoffnung auf sichere und womöglich zeitnah entfristete Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst hatten eine Vielzahl jener Beschäftigten zugunsten einer Anstellung bei der Polizei bestehende Arbeitsverträge in der freien Wirtschaft gekündigt.

Obwohl sich der zuständige Polizeipräsident beim Ministerium des Inneren des Landes Nordrhein-Westfalen für eine Entfristung der Arbeitsverträge eingesetzt hatte, sollen die Arbeitsplätze bis 2024 sukzessive an Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zurückgeführt werden, da sich die personalstarken Jahrgänge derzeit noch in der Ausbildung befinden. Aufgrund der sachgrundlosen Befristungen der Arbeitspapiere müssen die Stellen gemäß den Bestimmungen des Teilzeit- und Be-

fristungsgesetzes (TzBfG) alle zwei Jahre neu ausgeschrieben werden. Da die Weiterbeschäftigung der Beschäftigten über die zwei Jahre hinaus aufgrund der sachgrundlosen Befristung ausgeschlossen ist, muss stets neues Personal auf ein und demselben Arbeitsplatz in regelmäßigen Abständen immer wieder eingearbeitet werden.

Auch wenn es für die Betroffenen keinerlei Trost ist, so handelt es sich bei den Kolleginnen und Kollegen nicht um Ausnahmen. Laut aktuellen Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) befinden sich derzeit etwa acht Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland in einem befristeten Arbeitsverhältnis – in absoluten Zahlen handelt es sich um circa 3,2 Millionen Beschäftigte, wovon mehr als 1,5 Millionen Menschen mit einem sachgrundlos befristeten Arbeitspapier ausgestattet sind.

Der öffentliche Sektor spielt in diesem Zusammenhang eine Hauptrolle - insgesamt arbeiten fast zehn Prozent der Beschäftigten befristet. Bei Neueinstellungen liegt der Anteil befristeter Verträge im öffentlichen Dienst bei rund 60 Prozent und somit 17 Prozent über dem Bundesschnitt. Aufrichti-

ger Weise muss man erwähnen, dass zu diesen Zahlen der Hochschulbereich enorm beiträgt, wo befristete Verträge, gerade bei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, nahezu die Regel sind. Die Hauptmotive für den Abschluss zeitlich begrenzter Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst liegen laut Christian Hohendanner, Mitarbeiter am IAB in Nürnberg, in Vertretungen und fehlenden Planstellen. Er führt weiterhin aus, dass Befristungen als zentrales Instrument der Personalanpassung eingesetzt werden.

Selbstverständlich wird es im Normalfall für Befristungen die unterschiedlichsten, nachvollziehbaren Gründe geben und derlei Arbeitsverhältnisse können für die Betroffenen auch ein Sprungbrett zu einer festen Anstellung sein.

Es ist jedoch unstrittig, dass mangelnde berufliche und private Planungssicherheit Konsequenzen befristeter Arbeitspapiere sind und sich nicht nur auf die Motivation und Zufriedenheit der Beschäftigten niederschlägt. Neben dem ewig über ihnen schwebenden Damoklesschwert drohender Arbeitslosigkeit und schlechterer Bezahlung wirken sich derlei Arbeitsverhältnisse vor allem auf die Gesundheit und somit auf



die Lebensqualität der Bediensteten aus.

Wer die Anzahl befristeter Arbeitsverträge reduzieren will, sollte die sachgrundlose Befristung nicht, wie häufig politisch gefordert, verbieten – sagen zumindest Christian Hohendanner und Karl Heinz Hausner, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung in Mannheim. Stattdessen sollte der Staat höhere Beiträge in der Arbeitslosenversicherung auf befristete Arbeitsverhältnisse erheben.

Die beiden Wissenschaftler erachten es als unwahrscheinlich, dass infolge einer Rechtsänderung bislang sachgrundlos befristet eingestellte Personen feste Arbeitsverträge erhalten. Das TzBfG kennt acht verschiedene Sachgründe für Befristungen, wodurch ein Sachgrund im Zweifelsfall womöglich konstruiert werden könne. Sachgrundlose Befristungen erfolgen in ihren Augen aufgrund der mit der Angabe von Sachgründen einhergehenden geringeren Rechtssicherheit. Deren Vorliegen könne im Einzelfall bestreitbar sein. Im schlimmsten Fall führe eine Beschneidung der Möglichkeit zur sachgrundlosen Befristung dazu, dass es gar nicht zum Abschluss eines Arbeitsverhältnisses komme. Ein weiteres Argument gegen eine Rechtsänderung sei, dass anders als so häufig beschworen, sie nicht zu einem Ende von Kettenbefristungen führe, da diese ohnehin lediglich über Befristungen mit Sachgrund oder in der Wissenschaft möglich sind. Wie eingangs bereits

erwähnt, sind sachgrundlose Befristungen aufgrund rechtlicher Regelung maximal für einen Zeitraum von zwei Jahren gestattet.

Mit ihrer Idee versuchen sich Hohendanner und Hausner an einem Spagat zwischen den Sicherheitsbedürfnissen der Arbeitnehmer und den Flexibilitätsbedürfnissen der Arbeitgeber. In ihrem Modell sollen per Staffelung der Beitragssätze der Arbeitslosenversicherung monetäre Anreize für die Schaffung unbefristeter Arbeitsverhältnisse erzeugt werden. Der Grundgedanke des Theorems liegt dem Beamtenrecht bereits zugrunde: wegen der Unkündbarkeit von Beamten entfällt für diese Bediensteten die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Laut Annahme der beiden Wissenschaftler könne der Beitrag bei unbefristeter Beschäftigung aufgrund des niedrigeren Arbeitslosigkeitsrisikos in Relation zu befristet eingestellten Beschäftigten niedriger ausfallen.

Dazu soll lediglich der Beitragssatz der Arbeitgeber angepasst werden, da der Einsatz befristeter Verträge in ihrem Entscheidungsbereich liege. Im System von Hohendanner und Hausner zahlen Arbeitgeber für befristete Beschäftigungsverhältnisse einen höheren Beitrag in die Arbeitslosenversicherung ein, wobei das erhöhte Beitragsaufkommen zur Senkung des Beitragssatzes für unbefristet Beschäftigte genutzt werden solle. Da nur etwa acht Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein befristetes Arbeitspapier haben, wäre die-

ser Umstand für die Bundesagentur für Arbeit annähernd beitragsneutral, wenn die Beitragssenkung für die große Zahl unbefristet Beschäftigter entsprechend geringer ausfiele.

In einer Beispielrechnung führen sie an, dass der Beitragssatz der Arbeitgeber für unbefristet Beschäftigte um 10 Prozent auf 1,35 Prozent fallen könne, wenn er für die befristet Bediensteten auf 3,0 Prozent verdoppelt würde. Bei einem Durchschnittsentgelt im Jahr 2017 von rund 37.000 € würde sich der jährliche Arbeitgeberbetrag für einen Befristeten von 555 auf 1110 € verdoppeln. Die Versicherungskosten für einen unbefristet Beschäftigten nähmen leicht ab – von 555 auf 500 €. Somit könne für Arbeitgeber ein finanzieller Anreiz, um stärker auf unbefristete anstatt auf befristete Arbeitsverhältnisse zu setzen, geschaffen werden.

Die Zahl befristeter Arbeitsverträge über variable Beitragssätze zu steuern wäre flexibler, moderater und risikoärmer als sachgrundlose Befristungen abzuschaffen, argumentieren Hohendanner und Hausner. Sie sehen den Vorteil ihrer Idee darin, dass dynamische Anpassungen der Beitragssätze an die konjunkturelle Entwicklung und die Lage am Arbeitsmarkt jederzeit möglich wären. Überdies bediene dieses Modell unterschiedliche politische Forderungen, nämlich einerseits die nach der Abschaffung sachgrundloser Befristungen und andererseits die nach der Senkung von Beiträgen in der Arbeitslosenversicherung. □



Bezirksdelegiertentag 2017 in Peine

Richtungsweisend. Mit Sicherheit... auch in Braunschweig



Im Schützenhaus in Peine. Das Plenum des Bezirksdelegiertentages der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig. Foto(s): Ulrich Munschke

Von Sascha Göritz

Unter der souveränen Verhandlungsleitung von Henning Franke gestaltete sich ein kurzweiliger Delegiertentag mit optimalen Bedingungen im gastlichen Schützenhaus in Peine. Nach einem kurzen Grußwort des Bürgermeisters Klaus Saemann, in dem hervorhob, dass die Innere Sicherheit eine Gemeinschaftsaufgabe von Polizei und Kommune sei, richtete Martin Hellweg, Vorsitzender des Polizeihauptpersonalrates die Worte ans Plenum: „Ich bedanke mich außerordentlich für die gedeihliche Zusammenarbeit mit eurem Bezirkspersonalrat mit Angelika Kunert, Martina Wojna sowie Jörg Kremer an der Spitze.“ Dieses Zusammenwirken und Vernetzung mit allen Teilen des Landes sei überaus wichtig,

stünden doch auch in Zukunft gewichtige Themen auf der Tagesordnung. Hierbei zeigte sich Hellweg insbesondere bei dem Trend der sogenannten Entgrenzung der Arbeitszeit - Stichwort Vermischung

von Arbeit und Freizeit - besorgt. Gleichzeitig hob er aber auch die ganz praktischen Fortschritte in der Strategie 2020 positiv hervor, so z.B. bei dem Mitwirken der Basis in etlichen Workshops im



Dezernatsleiter und PI-Leiter gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates Martin Hellweg. Foto: Ulrich Munschke.



Der Vorsitzende der GdP Niedersachsen und stellvertretende Vorsitzende des GdP Bundesvorstandes: Dietmar Schilff am Rednerpult. Foto: Ulrich Munschke.

Themenbereich Ausstattung wie Schutzwesten, Handschuhen, Polizeishirts, Warnjacken u.v.m.

„Aktuelle Diskussionen zeigen die Notwendigkeit einer verbesserten Vernetzung unserer Sicherheitsarchitektur,“ begann der GdP-Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Dietmar Schilff sein Redebeitrag, um anschließend ein tosendes Feuerwerk gewerkschaftlichen Engagements zu zünden. Der kürzlich stattgefundenen 31. Landesdelegiertentag der GdP Niedersachsen in Osnabrück habe gezeigt, wie lebendig, erfolgreich, aber auch zukunftsorientiert die Gewerkschaft der Polizei sei. Mit Elke Gündner-Ede aus Wolfenbüttel als seine Stellvertreterin und Sascha Göritz aus Goslar als neuer Landeskasierer sei die Region Braunschweig sehr gut im geschäftsführenden Landesvorstand vertreten und könne die umfangreichen Impulse der immer aktiven Kolleginnen und Kollegen der Bezirksgruppe gut mit aufnehmen. Hierbei verwies

Schilff auf das jüngst verabschiedete Attraktivitätsprogramm, das nahezu alle Facetten einer erforderlichen Entwicklung der Polizei Niedersachsen, insbesondere für die Beschäftigten im Tarifbereich, in der Verwaltung und im Vollzug, festhält und mit ganz konkreten Forderungen die Politik fordere.

„Wartezeiten von über 14 Jahren und mehr nach A10 im Vollzugsbereich sind nicht hinnehmbar!“, so Schilff. „Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal im Vollzug, aber auch in der Verwaltung – Polizeiarbeit ist Teamarbeit!“. Das Personal müsse gut ausgebildet sein, es müsse gut ausgerüstet sein, es müsse gut bezahlt werden, so der Landesvorsitzende weiter. „Die aktuelle Beurteilungsrunde oder die bedrückende Beförderungssituation hebt nicht gerade die Attraktivität unseres Polizeiberufes in Niedersachsen,“ formulierte der GdP-Boss mit einem klaren Auftrag an die Koalitionsparteien SPD und CDU, „hier müssen deutlichen Verbesserungen in den Koalitionsvertrag geschrieben werden.“

Diesen Ball nahm schließlich auch die frisch in den Landtag gewählte Dunja Kreiser aus Wolfenbüttel (SPD) auf und betonte in ihrem Wortbeitrag, sich für Verbesserung für alle Landesbeschäftigte einzusetzen, insbesondere aber auch für



Landtagsabgeordnete Dunja Kreiser (SPD). Foto: Ulrich Munschke



Vollzug und Verwaltung, wobei sie sehr deutlich das Wort „und“ betonte. Einen kräftigen Applaus aller Anwesenden bekam Kreiser, die selbst in den neu zu bildenden Innenausschuss strebt, indem sie formulierte: „Über Weihnachtsgeld müssen wir reden!“

Die GdP Braunschweig nutzte den Delegiertentag aber nicht nur, sich mit sich selbst zu beschäftigen, sondern wagte auch den Blick über den politischen Tellerrand, indem man den promovierten Sozialwissenschaftler Dr. Stephan Klecha zum Thema „Deutschland und Niedersachsen nach der Wahl“ einlud. In seinem lebendigen, gar unterhaltsamen Vortrag unternahm der Parteilforscher und bekennender Hannover 96 Fan mit den anwesenden Braunschweigern eine Reise durch die Wählerbewegungen der Parteien, berichtete von bröckelnden Hochburgen der Volksparteien und den Konsolidierungstendenzen kleinerer Parteien.



Kaffeepause. Foto Ulrich Munschke

Eine deutliche Botschaft platzierte Dr. Klecha am Ende seiner Ausführungen: „Wir müssen uns auf Dauer mit einer Sechs-Parteien-Landschaft auseinandersetzen!“.

Das letzte Wort gehörte auf dem, von der gastgebenden Kreisgruppe Peine gut organisierten Delegiertentag natürlich dem Bezirksgruppenvorsitzenden Jörg Kremer, der zuvor mit seinem Vorstand im internen Teil der Veranstaltung einstimmig entlastet worden war.

„720 Millionen Euro steuerliche Mehreinnahmen in Niedersachsen müssen auch bei den Polizeibeschäftigten zu deutlichen Verbesserungen führen,“ so Kremer. „Innere Sicherheit hat ihren Wert. Dieser Wert muss bei den sprudelnde Steuereinnahmen auch eingelöst werden!“. Wortgewandt forderte Kremer im Weiteren die Abschaffung des Beurteilungswesen und die Einführung eines Laufbahnverlaufsmodells. Gleichzeitig müsse man Geld in die Hand nehmen, damit das sinnvolle Freisetzungsprogramm auch umgesetzt werden könne. Bei Forderung nach Weih-



Jörg Kremer, der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig. Foto Ulrich Munschke

nachts- und Urlaubsgeld gehe es natürlich um mehr Geld im Portmonee, aber eben auch um spürbare, weil zählbare Wertschätzung der Politik.

In seinem Abschlussatz betonte er die Grundphilosophie der GdP: „Ziel unseres Handels ist das Wohlergehen für unsere Kolleginnen und Kollegen. Hierfür treten wir gemeinsam ein, hierfür werden wir auch weiterhin erfolgreich kämpfen!“ □



Gewerkschaft der Polizei



Der Sternenstrahl

*Auch wenn die Menschen schrill und laut
an Weihnachten die Zeit begehn -
ein jeder eigne Welten baut -
das Heilige wird nie vergehn.*

*Draußen, auf den weiten Fluren,
bescheint der Mond das Schweigen,
und über schneeverwehten Spuren
glimmert groß der Sternenreigen.*

*Und ob die Menschen das fühlen
oder das schrille Lärmen obsiegt,
ist dort ein Sternenstrahl, der sich
still an unsre Herzen schmiegt.*

Holger Jürges,

Polizeibeamter im
PK Schöningen,
Lyriker &
GdP-
Mitglied





Jahreshauptversammlung GdP-Kreisgruppe Goslar

Von Jörg Homann

Am Donnerstag, 23.11.2017, führte die GdP-Kreisgruppe Goslar ihre diesjährige Jahreshauptversammlung durch. Der Kreisgruppenvorsitzende Jörg „Jockel“ Homann konnte in der Aula der Polizeiinspektion Goslar knapp 50 Mitglieder begrüßen.

Als Verhandlungsleiter wurde zu Beginn auf Vorschlag des Vorsitzenden der Kollege Lothar Niemann gewählt, der die Versammlung wie in den Jahren zuvor routiniert leitete.

Nachdem der nichtöffentliche Teil mit den üblichen Berichten und der Entlastung des Vorstandes beendet war, trat der kurzfristig erschienene Landes- und stellv. Bundesvorsitzende Dietmar Schilff ans Rednerpult, um über die von der Politik angekündigten Maßnahmen für die Polizei zu berichten. Dietmar ging dabei auf einzelne Punkte des Koalitionsvertrages ein, wie die zügige Einstellung von 1500 Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamten und zusätzlichen Verwaltungskräften sowie die Abschaffung der „Beschwerdestelle“.

Im Anschluss ging die stellvertretende Bezirksgruppenvorsitzende



Ehrung für 60 Jahre Mitgliedschaft:
Ernst Reichert (li.) und Jörg Homann

Martina Wojna in ihrer Rede unter anderem auch noch einmal auf die Probleme wie Perspektivlosigkeit von Verwaltung und Tarif sowie die unsäglichen Wartezeiten nach A 10 ein.

Wie immer standen zum Schluss der Jahreshauptversammlung wieder zahlreiche Ehrungen von verdienten Mitgliedern an, die leider nicht alle persönlich erscheinen konnten. (Die Ehrungen im Einzelnen siehe rechts)

Nach Beendigung der Jahreshauptversammlung wurde tradi-

Ehrungen

25 Jahre Mitgliedschaft:

Melanie Rost, Ilse Preidt, Angelika Magiera, Anja Müller, Andreas Kastner, Ina Klingenberg und Meik Gobernack,

40 Jahre Mitgliedschaft:

Matthias Richter, Dieter Kosber, Wilfried Faber, Hans-Joachim Pillach, Henning Seefisch, Uwe Banse und Georg Burchardt

50 Jahre Mitgliedschaft:

Wolfgang Kühne, Uwe Schaeffe, Manfred Schulz

60 Jahre Mitgliedschaft:

Ernst Reichert

tionell Grünkohl serviert, den die Mitglieder bei kühlen Getränken genossen. □





Jahreshauptversammlung

der GdP-Kreisgruppe Gifhorn

(thr) 29 Kolleginnen und Kollegen begrüßte Gifhorns GdP-Kreisgruppenvorsitzender Thomas Krug zur diesjährigen Jahreshauptversammlung im Gifhorer Schützenheim. Besonders begrüßt wurden der GdP-Bezirksgruppenvorsitzende Jörg Kremer sowie der Leiter der Polizeiinspektion Gifhorn, Michael Feistel.



V.l.n.r.: Thomas Krug mit dem Geehrten Michael Feistel und Jörg Kremer.

Von Thomas Reuter

In seinem Geschäftsbericht freute sich Krug über die gegenüber dem Vorjahr um sieben gestiegene Mitgliederzahl auf derzeit 190 im Kreisverband. Anschließend ließ er das vergangene Jahr aus gewerkschaftlicher Sicht noch einmal Revue passieren und berichtete über zahlreiche Aktivitäten. Eine wichtige Forderung der GdP-Kreisgruppe sei weiterhin, dass kein Polizeibeamter mit der Besoldungsgruppe A 9 (Eingangssamt im gehobenen Dienst) in den Ruhestand gehen dürfe. Zu begrüßen sei die Wiedereinführung der Heilfürsorge für Polizeibeamte, ebenso wie die moderate Erhöhung der Vergütung für Dienst zu ungünstigen Zeiten, die aber durchaus noch Luft nach oben hätte.

Kassierer Andreas Schittko berichtete den Anwesenden von einem soliden Kassenbestand der

Kreisgruppe. Kassenprüfer Axel Tolle bestätigte dies und bescheinigte Schittko zugleich eine ordentliche Kassenführung.

„Innere Sicherheit kann, darf und muss Geld kosten“, begann Jörg Kremer seinen Bericht. Die Polizei benötige dringend mehr Personal, da in den kommenden Jahren eine Vielzahl von Pensionierungen zu verzeichnen sein werden. Darüber hinaus werde zusätzliches Personal benötigt, um neue Aufgaben zu bewältigen, wie beispielsweise Terrorismusbekämpfung oder die Bearbeitung von Cybercrime.

Scharfe Kritik übte Kremer am derzeitigen Beurteilungsverfahren für Polizeibeamte, das für reichlich Unmut bei den Kollegen sorgen würde. „Schafft das System ab“, forderte Kremer, „hier findet eine enorme Ver-

schwendung von Ressourcen statt“. Alternativ fordere die GdP hierfür ein Laufbahnverlaufsmo- dell. Auch die Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für Polizeibeamte stehe weiterhin ganz oben auf der Forderungsliste der GdP. „Wir vergessen das nicht! Dafür werden wir kämpfen!“ rief Kremer den Versammelten zu. Der Bund und nahezu alle Bundesländer außer Niedersachsen würden ihren Beamten zumindest ein Weihnachtsgeld zahlen.

Abschließend nahm Thomas Krug gemeinsam mit Jörg Kremer noch eine besondere Ehrung für langjährige Mitgliedschaft in der GdP vor: Eine Urkunde für 40 Jahre erhielt Gifhorns Polizeichef Michael Feistel. □





Beurteilungen 2017



Von Rainer Holze

Ja, da ist er wieder gewesen, der 1. September 2017, der Beurteilungstichtag. Hier zeigte sich die alle drei Jahre wiederkehrende Wertschätzung, die Ehrlichkeit der Beurteiler sowie der respektvolle Umgang miteinander. Wollte man wirklich getreu der Nachwuchswerbung „Teamplayer und Querdenker gesucht“ die Mitarbeiter/Innen beurteilen oder spielte der „Nasenfaktor“ gemäß der Devise „Wer gut schmirt, der gut fährt“ wiederum die tragende Säule?

Ich denke, dass der Vorteil **n i c h t** bei den Querdenkern und Teamplayern zu finden war. So ist unter anderem zu hören, dass

- ein Kollege mit einer Qualifizierung gem. § 109 II NBG vom Dienststellenleiter sowie vom Sachbearbeiter Personal einer PI in der PD Braunschweig einfach vergessen und mit A9 in Ruhestand verabschiedet wird.
- ein Kollege, über 57 Jahre, mit über 14 Dienstjahren im gD nach dem AlgD, Beurteilung 2014: „C mittlerer Bereich“, sich erlaubte beim Dienststellenleiter die Frage zu stellen, ob es noch sinnvoll sei, einen Antrag auf eine Beurteilung zu stellen, um noch die Chance einer Beförderung nach A 10 zu erlangen. Dieser äußert unmissverständlich, dass er für den Mitarbeiter eine gute Chance für eine Beförderung sieht, jedoch sei er für ihn nicht in „C oberer Bereich“ zu finden. Ergebnis der beantragten Beurteilung: „C unterer Bereich“ und von einer Bewertung in „C mittlere Bereich“ wäre **n i e** die Rede gewesen. Zudem könne sich der Mitarbeiter „ja noch mal zeigen“ um sich mit 60 erneut beurteilen zu lassen. Gegebenenfalls müsse er noch eine Lebensarbeitszeitverlängerung beantragen. Ist schon merkwürdig, da in den Zweitbeurteilerkonferenzen Regelungen bezüglich der Sperrfristläufer getroffen worden waren.
- trotz der aktuellen Beschlüsse von VG und OVG weiterhin von einigen Erst- und Zweitbeurtei-

lern übertragene Nebenämter **n i c h t** in der Beurteilung aufgeführt, geschweige denn bewertet worden sind.

- Erstbeurteiler in Mitarbeitergesprächen zum Thema Beurteilung/Beförderung geäußert hätten, dass „Wenn du eine bessere Beurteilung haben möchtest, musst du mehr als 100 % fahren, ansonsten bist du aus meiner Truppe raus!“

oder:

„Na ja, in deinem Alter solltest du über einen Dienststellenwechsel nachdenken.“

Diese Aufzählung ließe sich beliebig verlängern, jedoch gleichen sich die Sachverhalte stets und es stellt sich die Frage, was sind die Aussagen, gar Versprechen, des LPP und des PP: „Keiner geht unverschuldet mit A9 in Ruhestand!“ wert? Alles nur Makulatur? Und wie steht es mit dem Erlass über den fairen Umgang am Arbeitsplatz oder gar den Inhalten der Strategie 2020?

Alles wurde in etlichen Führungsrunden veröffentlicht und besprochen. Jedoch scheint es Fürsten zu geben, denen das alles egal zu sein scheint, geschweige denn das Wort Loyalität zu kennen.

Es soll aber auch anders gehen:

Auf Anraten des Erstbeurteilers eine Beförderung nach A12 zum 01.12.2017 zu erhalten, beantragt der Mitarbeiter eine Beurteilung und eine Verlängerung seiner Lebensarbeitszeit zwecks Anrechnung auf das Ruhegehalt. Wie zu vernehmen, sei die Beurteilung entsprechend ausgefallen. Somit ist die Beförderung zum 01.12.2017, wenn auch rückwirkend, sicher.

Wo ist hier die Solidarität und persönliche Stärke gegenüber den Kolleginnen/Kollegen, die noch eine Chance zur Förderung bzw. Beförderung nach A10 haben? □



GdP aktiv am Vorlesetag 2017

Besuch der Kinderstation des Klinikums Holwedestraße

Von der Online-Redaktion

Braunschweig, 17. November 2017.

Auch die GdP-Bezirksgruppe Braunschweig beteiligte sich am Bundesweiten Vorlesetag. So waren der Vorsitzende Jörg Kremer und die stellvertretende Vorsitzende der Bezirksgruppe und Landes-GdP, Elke Gündner-Ede, auf der Kinderstation des Klinikums Holwedestraße in Braunschweig. Die Kinder lauschten den Geschichten von Kapitän Blaubär und den Polizeigeschichten aufmerksam zu. Es hat allen großen Spaß gemacht.



Der Bundesweite Vorlesetag ist eine gemeinsame Initiative von DIE ZEIT, Stiftung Lesen und Deutsche Bahn Stiftung. Dieser Aktionstag für das Vorlesen findet seit 2004 jedes Jahr am dritten Freitag im November statt. Der Vorlesetag setzt ein öffentlichkeitswirksames Zeichen für die Bedeutung des Vorlesens. Ziel ist es, Begeisterung für das Lesen und Vorlesen zu wecken und Kinder bereits früh mit dem geschriebenen und erzählten Wort in Kontakt zu bringen. □

Liebe Leserinnen und Leser,

am 15. Oktober 2017 fand die Landtagswahl in Niedersachsen statt. Wesentliche Aufgabe nach einer Wahl ist u. a. die Regierungsbildung, wobei das Wahlergebnis sehr oft eine gewisse Prämisse setzt. In Niedersachsen kam es infolge zu einer Einigung der SPD mit der CDU, eine Große Koalition zu bilden, um im Rahmen dieser Mehrheit Regierungsverantwortung zu übernehmen. Als Bürger erhalten wir nicht nur die Schlagzeilen, sondern auch die seitens der Koalitionspartner getroffenen Vereinbarungen in schriftlicher Form zu lesen. Schwarz auf Weiß also bekommen die Menschen mitgeteilt, welche Themen für die regierungsverantwortlichen Parteien wichtig sind und was alles innerhalb der nächsten Regierungsperiode(n) in die Tat umgesetzt werden soll.

Schwarz auf Weiß präsentieren wir als GdP-Bezirksgruppe Braunschweig unseren Lesern einen bestimmten Ausschnitt aus dem Koalitionsvertrag. Dabei handelt es sich um diejenigen Bestimmungen, die für die Innere Sicherheit unseres Landes abgefasst sind und die entsprechend für die Angehörigen der Polizei besonders interessant sein dürften.

Wir haben uns daher erlaubt, die nächsten vier Seiten unserer Zeitschrift dem Abdruck dieses Ausschnitts des Koalitionsvertrages zu widmen. Diese Dokumentation kann uns sehr hilfreich dabei sein, die konkreten politischen Absichten in unser Bewusstsein zu rücken und dann zu beobachten, welche Taten den Worten folgen.

In diesem Sinne ... grüßt

Jörg Kremer

Zum Ausschnitt des Koalitionsvertrages





814 **Inneres**

815 **1. Grundsätzliches**

816 Die Durchsetzung von Recht und Gesetz sowie die Gewährleistung von Sicherheit ist
817 eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir sorgen für einen kräftigen Personalaufwuchs
818 und eine deutlich verbesserte Ausrüstung der Polizei. Die Polizistinnen und Polizisten
819 leisten trotz beständig neuer Herausforderungen sehr gute Arbeit. Sie haben unsere
820 Unterstützung und unser Vertrauen.

821 Alle Menschen müssen sich zu jeder Zeit an jedem Ort sicher fühlen. SPD und CDU
822 setzen auf Prävention, wirksame Gefahrenabwehr und nutzen alle rechtsstaatlich
823 gebotenen Mittel, um konsequent gegen jede Form von Kriminalität und Terrorismus
824 vorzugehen.

825 Alle, die sich im Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst engagieren,
826 leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unser Niedersachsen. Sport fördert die
827 Gesundheit und trägt entscheidend zu Integration und Teilhabe bei.

828 **2. Polizei**

829 **a) Reformgesetz zum Niedersächsischen Gesetz für Öffentliche Sicherheit**
830 **und Ordnung (SOG)**

831 SPD und CDU werden einen neuen Gesetzentwurf einbringen. Dieser soll noch 2018
832 verabschiedet werden. Wir wollen die Bestimmungen an die aktuelle Rechtsprechung
833 anpassen und die Regelungen zum Datenschutz und zum europäischen
834 Datenaustausch optimieren. Zusätzlich wollen wir die Einführung der elektronischen
835 Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel), Meldeauflagen, Kontaktverbote
836 und Aufenthaltsgebote, die sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung
837 und die Onlinedurchsuchung gesetzlich regeln.

838 Wir wollen, dass Verstöße gegen das Aufenthaltsverbot und -gebot, Meldeauflagen,
839 Kontaktverbote und Verstöße gegen die elektronische Aufenthaltsüberwachung



840 künftig als Straftat geahndet werden können. Wir wollen eine Rechtsgrundlage für
841 die Präventivhaft für Gefährder schaffen. Diese soll unter Richtervorbehalt zunächst
842 für bis zu 30 Tage gelten. Danach kann sie zweimal – zunächst für weitere 30 Tage,
843 danach maximal für weitere 14 Tage – durch erneute richterliche Entscheidungen
844 verlängert werden.

845 Wir wollen eine Regelung einfügen, die die rechtssichere Bild- und Tonaufnahme
846 durch sogenannte Bodycams ermöglicht. Zudem soll eine Videoaufzeichnung in
847 Gewahrsamszellen (ohne Tonaufnahme) möglich sein. Zur Eigen- und
848 Beweissicherung wollen wir den Einsatz von Videokameras in Streifenwagen regeln.

849 Der Ordnungsbegriff bleibt erhalten. Wir wollen prüfen, inwieweit sich im
850 Gesetzgebungsprozess der Bedarf für eine Rechtsgrundlage zur Ordnung im
851 öffentlichen Raum (z. B. Trinkverbot auf Plätzen) ergibt.

852 SPD und CDU streben die gezielte Videoüberwachung an
853 Kriminalitätsschwerpunkten an. Die intelligente Videoüberwachung
854 (Gesichtserkennung) kann eine Weiterentwicklung darstellen. Es handelt sich auch
855 um ein denkbare Mittel für Niedersachsen. Hier wollen wir die Ergebnisse des
856 Modellversuches in Berlin bewerten und prüfen.

857 Wir wollen ein Musterpolizeigesetz auf Bundesebene vorantreiben und zu einer
858 gemeinsamen Linie bei der Bekämpfung neuer Kriminalitätsphänomene beitragen.

859 **b) Prävention**

860 Jede vermiedene Straftat ist ein Gewinn für die innere Sicherheit. Daher wollen wir
861 die Prävention durch frühzeitige Intervention und kompetente Fachleute in den
862 Polizeidienststellen intensivieren.

863 Unser Ziel ist die Stärkung der Sicherheit rund um Fußballspiele. Polizeieinsätze bei
864 Sportveranstaltungen wollen wir den Vereinen nicht in Rechnung stellen.

865 SPD und CDU wollen die Einbruchskriminalität mit zusätzlichen Instrumenten
866 bekämpfen. Die länderübergreifende Polizeikooperation hat im Bereich des
867 Wohnungseinbruchsdiebstahls eine besondere Bedeutung. Diese gilt es weiter zu



868 verstärken. Präventionsprogramme für den Schutz von Privatwohnungen sollen
869 ausgeweitet werden. Das „Predictive Policing“, welches anhand von Falldaten die
870 Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten berechnet und zur Steuerung des
871 Einsatzes von Polizeikräften eingesetzt werden kann, wollen wir bei positivem
872 Pilotierungsverlauf ausbauen.

873 Wir wollen die Beschwerdestelle im Innenministerium in ein Qualitätsmanagement für
874 die gesamte Landesverwaltung überführen.

875 **c) Versammlungsgesetz**

876 Der Verstoß gegen das Vermummungsverbot wird wieder zu einer Straftat im
877 Niedersächsischen Versammlungsgesetz.

878 **d) Personal und Ausstattung**

879 SPD und CDU streben an, bis zu 3.000 zusätzliche Einstellungsmöglichkeiten im
880 Polizeidienst zu schaffen. In einem ersten Schritt wollen wir 1.500
881 Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte, zusätzliche Verwaltungskräfte sowie
882 Spezialistinnen und Spezialisten einstellen. Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte
883 bei Polizei und Verfassungsschutz sollen durch Fachpersonal von Verwaltungs- und
884 IT-Aufgaben entlastet werden, damit sie sich wieder auf ihre Kernaufgaben
885 konzentrieren können. Zusätzlich wollen wir eine Bedarfsanalyse durchführen und
886 auf dieser Grundlage ggf. weitere Einstellungen vornehmen. Wir wollen die
887 Ausbildungskapazitäten entsprechend ausbauen. In einem Nachtragshaushalt 2018
888 streben wir die finanzielle Absicherung der ersten 750 zusätzlichen Stellen an, davon
889 mindestens 500 Polizeivollzugskräfte.

890 Wir wollen die Wartezeit auf eine Beförderung nach A 10 auf deutlich unter zehn
891 Jahre reduzieren und die Zulagen bei Polizei und Verfassungsschutz dynamisch
892 anpassen. Eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit der Polizistinnen und Polizisten ist
893 nicht beabsichtigt. Zur Nachwuchsgewinnung werben wir intensiver um
894 Realschülerinnen und Realschüler. Hierzu flexibilisieren wir den Einstieg und die
895 Auswahl, ohne die Qualitätskriterien abzusenken.



896 Es ist und bleibt alleinige Aufgabe des Staates, die öffentliche Sicherheit und
897 Ordnung zu gewährleisten. SPD und CDU sind sich einig, dass private
898 Sicherheitskräfte nur dann zur Entlastung der Polizei beitragen dürfen, wenn es sich
899 um nicht-hoheitliche Aufgaben handelt.

900 Wir treten dafür ein, dass die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB NI)
901 auch länderübergreifend unmittelbaren Zwang im Zusammenhang mit
902 Rückführungen ausüben darf. Dafür streben wir einen Staatsvertrag mit den
903 betroffenen Bundesländern an. Mit den betroffenen Bundesländern werden
904 Staatsverträge geschlossen, damit die Verwaltungsvollzugs- bzw.
905 - vollstreckungsbeamtinnen und -beamten auch außerhalb von Niedersachsen ihre
906 Aufgaben im Rahmen des Rückführungserlasses wahrnehmen können.

907 Die Polizei soll die für ihren Einsatz notwendige Ausstattung erhalten. Neue
908 Ausstattungskonzepte wollen wir wie bisher mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
909 gemeinsam entwickeln. Sollten sich aus der Evaluierung des G-20 Gipfels
910 zusätzliche Bedarfe ergeben, wollen wir diese umsetzen.

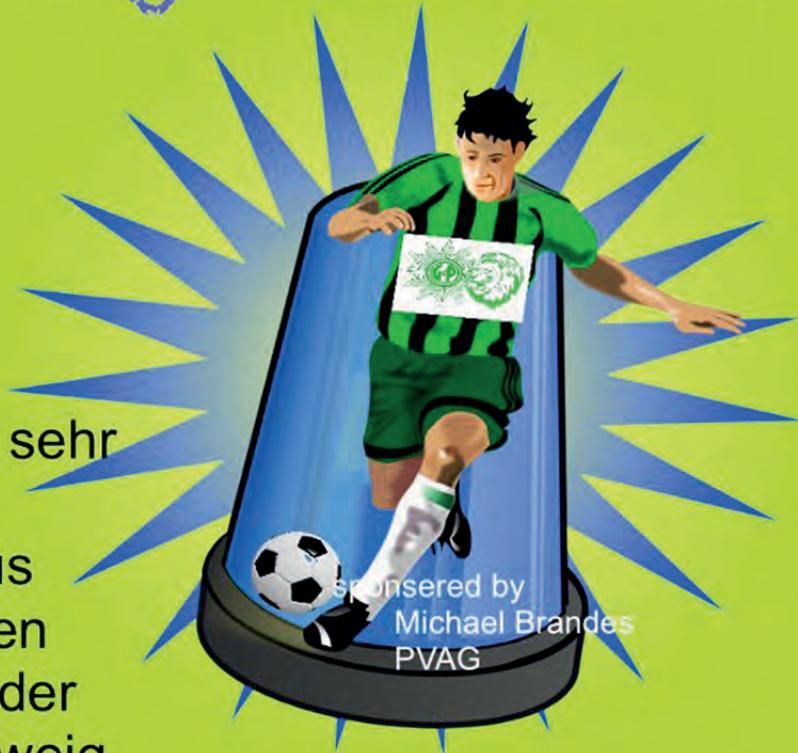
911 SPD und CDU wollen sondergeschützte Fahrzeuge für die
912 Sondereinsatzkommandos (SEK) anschaffen, den Ausbau eines zweiten Standortes
913 des SEK in Oldenburg vorantreiben und die Beschaffung von neuen größeren
914 Hubschraubern für den schnellen Einsatz der SEK in Hannover und Rastede (OL)
915 sicherstellen, die für den Transport eines SEK samt Ausstattung geeignet sind.

916 Beim Landeskriminalamt wollen wir so rasch wie möglich eine Ein-Standort-Lösung
917 umsetzen.

918 Moderne Software verbessert die Polizeiarbeit. Hierzu sollen die finanziellen
919 Voraussetzungen geschaffen werden. Im Fokus soll die digitale Auswertung und
920 ständige Verfügbarkeit der gesammelten Daten stehen. Alle Streifenwagen sollen mit
921 Tablet-Computern ausgestattet werden.

GdP-Neujahrsturnier

Wir laden wieder sehr herzlich alle Mannschaften aus den verschiedenen Dienstbereichen der Polizei Braunschweig zu unserem traditionellen Fußballturnier ein.



03. Januar 2018

08:30 – 16:00 Uhr

Sporthalle Franzshes Feld,
Grünwaldstraße, BS

Teilnehmermeldungen an
Klaus Uhde
(klaus-dieter.uhde@polizei.niedersachsen.de)

Michael Steinhof
(hans-michael.steinhof@polizei.niedersachsen.de)

Ausrichter: GdP-Kreisgruppe Braunschweig, Friedrich-Voigtländer-Str. 41, 38104 Braunschweig



**Liebe Kolleginnen,
Liebe Kollegen,**

in wenigen Tagen begehen wir, meistens mit unseren Liebsten, das Weihnachtsfest. Auch in diesem Jahr, mal wieder ohne die Zahlung des Weihnachtsgeldes und das bereits im 12 (!) Jahr hintereinander. Damit zählt Niedersachsen zu den drei Bundesländern, in denen Beamtinnen und Beamte (ab Besoldungsgruppe A 9) kein Weihnachtsgeld erhalten.

Geht es Niedersachsen so schlecht? Oder will man die sprudelnden Steuermehreinnahmen horten?

Der Grund, kein Weihnachtsgeld zu zahlen, war in den letzten Jahren immer derselbe. Es sei kein Geld da. Lächerlich, bei geschätzten Steuermehreinnahmen von rund 720 Millionen Euro!

Also, von mir kommt auch mal eine klare Ansage an den neuen niedersächsischen Finanzminister Reinhold Hilbers (CDU): „Öffnen Sie Ihre Kasse endlich und zahlen Sie den Beamtinnen und Beamten endlich wieder Weihnachtsgeld!“ Das ist die verständlichste Anerkennung und Wertschätzung der geleisteten Arbeit im zurückliegenden Jahr. Bitte keine Lobeshymnen und sonstiges Gerede, nur Bares ist wahres, Herr Minister!

WIR kämpfen weiter! WIR lassen uns nicht entmutigen!

WIR wünschen euch und euren Liebsten ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins Jahr 2018! Passt auf euch auf und bleibt/werdet gesund!

Im Namen des gesamten Vorstandes der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig

Euer/Ihr

Jörg Kremer



Bezirksfrauenkonferenz

GdP-Bezirksgruppe Braunschweig, 28.09.2017

Von Kornelia Wysocki

Interner Teil

Bericht der Bezirks- und Landesfrauengruppe durch Kornelia Wysocki:

Kongress: WoMen-Power im Rahmen der Hannover-Messe

Motto: Arbeitswelt 4.0 - grenzenlos kommunizieren



Dr. Dirk Götting, und Kornelia Wysocki

Am DGB-Stand war die GdP durch Kornelia Wysocki vertreten, die Kongress-besucherinnen zeigten Interesse zu Fragen der Rente, Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Entgeltgleichheit.

Auf der zweitägigen Landesfrauenkonferenz der GdP in Springe standen Wahlen an. Gewählt wurden:

- Vorsitzende der Landesfrauengruppe Niedersachsen: Anja Surkau
- Stellvertreterinnen: Kornelia Wysocki und Ilona Müller
- Schriftführerin: Heike Donath
- Stellvertretende Schriftführerin Imme Hildebrandt.

Hier folgen einige Auszüge der Anträge:

Die Landesfrauenkonferenz möge sich dafür einsetzen, dass

- geschiedene Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen bei Eintritt in den Ruhestand bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter keine Versorgungslücke erleiden, bzw. den Versorgungsausgleich mit Eintritt in den Ruhestand, unabhängig vom Alter, gezahlt bekommen,
- für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte Zeiten der besonderen Belastungen im Wechselschichtdienst mit einem grundlegend geänderten Berechnungsmaßstab so berücksichtigt werden, dass die in Wechselschichtdienst gearbeiteten Jahre prozentual angerechnet und die Lebensarbeitszeit auch um Monate gekürzt werden,
- auch im Bereich der Verwaltungsbeschäftigten eine rechtzeitige Einarbeitung von Kolleginnen und Kollegen erfolgt, um auch in diesem Bereich dem Wissensverlust durch den demografischen Wandel vorzubeugen.



Der Präsident der Polizeidirektion Braunschweig:
Michael Pientka

Diese Anträge wurden durch die Landesfrauenkonferenz angenommen.

Es folgte die Wahl der Vorsitzenden der GdP-Bezirksfrauen. Gewählt wurden:

- Vorsitzende: Kornelia Wysocki,
- Stellvertretende Vorsitzende: Manuela Hahne, PK'in aus der PI Gifhorn

Innerhalb der Konferenz wurden folgende Referate gehalten:

Führen in Teilzeit - Erfahrungsbericht

Zu dieser Thematik sprach POK'in Susanne Dienst, PI BS - PK Nord, zu den Gästen der Bezirksfrauenkonferenz. Die Kollegin arbeitet in Teilzeit als Ermittlungsführerin und vertretungsweise auch als Dienstabteilungslei-

terin. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder im Alter von 6 und 4 Jahren. Nun kann man meinen, na ja so geht es doch vielen unserer Kolleginnen und Kollegen. Doch es sollte herausgestellt werden, mit welchen Situationen im Berufs- sowie auch im Privatleben eine Teilzeitkraft mit Führungsverantwortung konfrontiert wird.

Der Erfahrungsbericht war für die Zuhörer sehr eindrucksvoll. Die Work-Life-Balance zu halten, auch bei plötzlichen unplanbaren Ereignissen und unvorhersehbaren Problemen - im Dienst oder im Privaten - den Kolleginnen und Kollegen und den Vorgesetzten sowie auch der Familie gerecht zu werden und doch seine eigenen Ziele zu verwirklichen.

Elke Gündner-Ede - Mitglied des GdP-Landesvorstandes sowie Geschäftsführendes Mitglied GdP-Bund. Sie ist u. a. Mitglied des Bundesfrauenvorstandes der GdP aus dieser Funktion gab sie einen Einblick der Aufgaben. Die Frauengruppe hat unterschiedliche Facetten bearbeitet:

Entgeltgleichheit:

Im Öffentlichen Dienst liegt die Entgeltdifferenz zwischen Frauen und Männer immer noch bei 7 % (in der freien Wirtschaft sind es immer noch 21 %). Für den Beamtenbereich hat die Bundesfrauengruppe eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung mit dem Titel: „Nach Leistung, Eignung und Befähigung? Beurteilung von Frauen und Männer im Polizeivollzugsdienst“ angestoßen. Ergebnis: eine Schiefelage zum Nachteil von Frauen. Nach Feststellung der Wissenschaftlerinnen lässt sich diese Schiefelage nicht mit individuellen Leistungsschwächen erklären. Es liegt weder an der mangelnden Eignung noch an der Befähigung.

Ein Ergebnis dieser Studie ist, dass als Maßstab bei der Beurteilung immer noch der



Dr. Dirk Götting bei seiner Rede

männliche, vollzeitbeschäftigte und flexible Polizeibeamte herangezogen wird. Gemessen daran wird den Beschäftigten mit geringerer Flexibilität und Präsenz – meist Frauen mit Familienpflichten und in Teilzeit – genau das als Leistungsdefizit ausgelegt. Und das schlägt sich in der praktischen Beurteilung zu ihrem Nachteil nieder. Darauf aufbauend hat die Bundesfrauengruppe im vergangenen Jahr ein weiteres Projekt der Hans-Böckler-Stiftung mit der Wissenschaftlerin Dr. Andrea Jochmann-Döll zum Thema „Führen in Teilzeit“ unterstützt.

Elke Gündner-Ede ging weiterhin auf folgende Themen ein:

- Vereinbarkeit Beruf und Pflege,
- Altersarmut – dazu liegt ganz aktuell ein Flyer

zu diesem Thema vor,

- die AG „Häusliche Gewalt“ der Bundesfrauengruppe hat anlässlich einer Pressekonferenz 2013 eine Broschüre mit einem Positionspapier herausgegeben,
- im März 2018 findet die Bundesfrauenkonferenz der GdP statt. Hier arbeitet die
- Bundesfrauengruppe schon seit Beginn des Jahres verstärkt an dem Konzept zum Thema „Digitalisierung 4.0“.

Offizieller Teil

Die Wanderausstellung „Von der Polizeiassistentin zur Führungskraft“ wurde durch Herrn Polizeipräsidenten Pientka eröffnet. Herr ORR Dr. Dirk Götting, Polizeiakademie Polizeimuseum, der diese Wanderausstellung kreierte, hielt dazu seinen sehr interessanten Vortrag, mit vielen historischen Akzenten.

Die Wanderausstellung war für drei Wochen im Raum K 3 zu besichtigen. □



Der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig: Jörg Kremer





„Runder Tisch“

aus Politik, Personalräten und GdP“ in Rünigen



Tagungsstätte Hotel-Restaurant „Zum Starenkasten“ im Braunschweiger Stadtteil Rünigen: Am „Runden Tisch“ sitzen Vertreter der Politik, der Personalräte der Polizei sowie der Gewerkschaft der Polizei. Foto: Frank Kuhn.

Braunschweig, 26. September 2017: Auf Einladung der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig begrüßte der Vorsitzende Jörg Kremer, im Hotel & Restaurant „Zum Starenkasten“ in BS-Rünigen, Landtagsabgeordnete und Landtagskandidaten aus der gesamten Region, die örtlichen Personalratsvorsitzenden aus den Polizeiinspektionen und der Polizeidirektion Braunschweig, den GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff sowie die Vertreter aus der GdP-Bezirksgruppe Braunschweig und den Kreisgruppen, zu einem Gedankenaustausch.

Von Christian Schultz und Jörg Kremer

Der Einladung auf Seiten der CDU folgten: die Landtagsabgeordneten Frank Oesterhelweg (WF), Rudolf Götz (Seesen), Horst Schiesgeries (Gifhorn) sowie die Kandidaten Oliver Schatta BS/Vechelde), Ralph Bogisch (Goslar) und Jan-Tobias Hackenberg (BS). Bündnis 90/Die Grünen wurden vom Landtagsabgeordneten Gerald

Heere (BS) vertreten. Auf Seiten der SPD waren anwesend: der scheidende Landtagsvizepräsident Klaus-Peter Bachmann (BS), Stefan Klein (Mdl/ SZ), Dr. Christos Pantazis (Mdl/BS), Immacolata Glosemeyer (Mdl/WOB) und die Landtagskandidaten Dunja Kreiser (WF), Annette Schütze (BS) und Jörn Domeier (HE). Von der FDP war, trotz Ein-

ladung an Björn Försterling (WF), keine Rückmeldung erfolgt. Sehr bedauerlich, dass dies zum wiederholten Mal geschehen ist.

Es wurden in diesem Kreis akute Problemfelder in der Polizei, wie die Probleme im Tarif- und Verwaltungsbereich, das Freisetzungsprogramm, Personalsituation,



Krankenstände, Motivation, Beurteilungs- und Beförderungssituation allgemein und die Situation von A9 nach A10 im Besonderen mit den anwesenden Vertretern der Parteien thematisiert, diskutiert und Erwartungshaltungen formuliert. Für den Tarif-/Beschäftigtenbereich, als auch für die Verwaltungsbeamten beschrieb die stellvertretende Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, Martina Wojna, die schlechten beruflichen Perspektiven für die Beschäftigten. Trotz hoher Qualifizierungen und ständig wachsenden Anforderungen an die Tätigkeit würde eine Wertschätzung in finanzieller Hinsicht fehlen. Die überwiegende Anzahl der Kolleginnen und Kollegen befänden sich in unteren Eingruppierungen der Entgelttabelle. Hier müsse dringend etwas getan werden.

Über Qualifizierung und bereitzustellende Finanzmittel müssten Perspektiven und Chancen geschaffen werden. Ansonsten sei der Arbeitgeber Land Niedersachsen nicht mehr attraktiv genug im Vergleich zur freien Wirtschaft. Abwanderungstendenzen, wie im Bereich der Verwaltungsbeamten, in die allgemeine Verwaltung von Bund, Land und Gemeinden könnte damit unterbunden werden. Gute Bezahlung, berufliche Perspektiven sind ein Fundament für gute und motivierte Mitarbeiter! Hierzu wurde vorgeschlagen, das Freisetzungsprogramm konsequent umsetzen, den Polizeivollzug von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, die Aufstockung des Personalbudgets für die Umsetzung sowie die Schaffung von entsprechend dotierten Stellen.

Zur Problematik A 9 / A 10: Hier wurden durch die Personalratsvorsitzenden die besondere Situation

der Beförderung von A9 nach A 10 dargestellt. Insbesondere lag dabei den Personalratsvorsitzenden der Umstand nahe, dass immer mehr lebensältere Kolleginnen/Kollegen in die Not kommen, aus dem Eingangsamt A9 in den Ruhestand gehen zu müssen. Kolleginnen und Kollegen die zumeist mehr als 40 Jahre im Dienste des Landes Niedersachsen einen hervorragenden Job gemacht haben. Obwohl Job nicht der richtige Ausdruck ist; sich diese eher für den Beruf einer Polizeibeamtin/eines Polizeibeamten berufen gefühlt haben.

Die Kolleginnen und Kollegen die seit 1992 massive Einschnitte in den Bezügen, als auch in der Versorgung, hinzunehmen hatten, fühlen sich durch die Beförderungsmisere erneut im Stich gelassen bzw. benachteiligt. Die bereits erfolgten Einschnitte haben die Einkommen und die Versorgung bereits nachhaltig und stark schrumpfen lassen. Zur Belohnung einer Lebensarbeitsleistung können sie jedoch nicht einmal auf eine Alimentierung aus A10 hoffen.

Als Vorschlag wurde hierzu die Aufnahme eines Sonderprogramms A9/A10 zur Würdigung der Lebensarbeitsleistung sowie eine Beendigung der sozialen Ungerechtigkeit und Verbesserung der Versorgungssituation vorgebracht.

Zur Versorgungssituation - Problematik Motivation, Berufsperspektiven, Attraktivität des Polizeiberufs, Wettbewerb um Nachwuchs, Beurteilungen:

Christian Schultz, Personalratsvorsitzender PI SZ/PE/WF, führ-

te in seinen Ausführungen zu der Thematik aus, dass jahrelang ansteigende Krankenstände und viele von ihm mit Kolleginnen/Kollegen geführte Gespräche durchaus Rückschlüsse auf die dafür verantwortlichen Ursachen zulassen. Mangelnde bzw. fehlende Perspektiven durch bestehende, überlange Wartezeiten auf das erste Beförderungsamt (A10) sind demnach demotivierend. Dazu kommt ein regelmäßig wiederkehrendes Beurteilungssystem, dessen Akzeptanz gen Null tendiert.

Ein System, dass nur wenige (weil glücklicherweise gut beurteilt) bevorteilt, während die Masse nicht davon profitieren lässt ist zwar leistungsorientiert und rechtlich einwandfrei, aber sozial ungerecht. Von dem Aufwand, zeitlich und organisatorisch, mal ganz abgesehen. Die Kolleginnen und Kollegen befinden sich alle als Sachbearbeiter auf einem nach A9 - A11 bewerteten Dienstposten. Nur durch den Umstand, dass das Land Niedersachsen die durchaus möglichen Stellenplanobergrenzen nicht ausnutzt bekommt der eine seine Besoldung aus A9 und der oder die andere aus A11, obwohl beide die gleiche Tätigkeit wahrnehmen.

Fehlende Motivation, trotz immer neuer Herausforderungen an die Polizeiorganisation, hohe Belastungen, desaströse Personalsituation und mangelnde Perspektiven führen über Demotivation, Resignation am Ende zu Erkrankungen. Die aktuellen Krankenstände sprechen eine eindeutige Sprache.

Vorschlag der Personalratsvorsitzenden / GdP-Ver-



tretern der Bezirksgruppe Braunschweig:

Über eine mittelfristig, zukunftsorientierte Finanzplanung im Haushalt vorausschauend die geplanten und erforderlichen Neueinstellungen von Beginn an mit einer nach A 11 bewerteten Planstelle zu hinterlegen. Also damit auch planerisch mit der erforderlichen Zahl der Neueinstellungen auch sich den gesetzlich möglichen Stellenplanobergrenzen anzunähern.

Einstellung auf Bündelungsdienstposten A9 - A11 und Besoldung aus Anwärterbezügen. Nach Ende Ausbildung/Studium A9 (voll). Dann gestaffelt nach Erfahrungsjahren Beförderung nach A10 bzw. A11. Zur Berücksichtigung der Leistungskomponente könnte eine Bonus/Malus System eingearbeitet werden.

Vorteile: Planbarkeit für Belegschaft als auch für Politik !!!

Rechtssicherheit und Vertrauen wird gestärkt. Keine unregelmäßi-

gen Stellenhebungen mehr nötig, sondern Anpassung des Stellenplans an die Neueinstellungen und Konsens über alle Parteien hinweg, ist allerdings Grundvoraussetzung für die Umsetzung. Keine Beurteilungen von A9 – A11 mehr erforderlich; somit mehr Ruhe in der Organisation. Weniger Resignation aufgrund dann vorhandener Perspektiven unabhängig von der jeweiligen, aktuellen Haushaltssituation.

Nachteil: Höhere Kosten für Bezüge und Versorgung, aber gut angelegt für eine effizient und hochprofessionell agierende Polizeiorganisation. Ferner im Ländervergleich für den anstehenden Personalbedarf für die nächsten Jahre ein gewichtiges Argument um geeignete Bewerber zu finden um die Aufgaben der Zukunft zu meistern.

Dieser Vorschlag fand bei allen Vertretern der anwesenden Parteien absolute Zustimmung.

Nach der knapp dreistündigen Veranstaltung waren sich alle einig, bei

der Polizei muss vieles noch nachgebessert und verbessert werden. Wir in Niedersachsen brauchen eine Polizei, die gegenüber anderen Bundesländern Konkurrenzfähig bleibt. Dazu zählt auch die Wiedereinführung des seit 2004 abgeschafften Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Niedersachsen rangiert, im Vergleich zu den anderen Bundesländern, auf dem drittletzten Platz. Viele qualifizierte Anwärter, gerade im angrenzenden Bereich, überlegen ernsthaft, ob sie sich überhaupt in Niedersachsen bewerben sollten. Eine Kommissarin/Kommissar in Nordrhein-Westfalen hat ca. 400,- Euro im Monat mehr in der Tasche als in Niedersachsen.

Einig waren sich zudem alle, diese Art der Veranstaltung jährlich durchführen zu lassen. Dann werden wir sehen, was Wahlkampfversprechen ist und/oder bereits umgesetzt werden konnte. □

Gewerkschaft der Polizei

Wir bleiben am Ball





Neues aus dem Tarifbereich

Luft holen und innehalten – das neue Jahr kommt bestimmt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2017 neigt sich dem Ende und wieder einmal hat man das Gefühl, dass es wie im Fluge vergangen ist.

Zu Beginn des Jahres waren wir mit den Tarifverhandlungen für die Jahre 2017/2018 beschäftigt. Ein Ergebnis dieser Verhandlungen ist ja die tarifliche Entgelterhöhung von 2,35 Prozent mit Wirkung vom 01.01.2018.

Im kommenden Jahr werden wir dann mit Spannung die Tarifverhandlungen von Bund und Kommunen (TVÖD) beobachten, da sich ja erfahrungsgemäß der Abschluss für die Länder im folgenden Jahr daran orientiert. Schauen wir mal!!

Die neue Landesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen und dabei wichtige Punkte für uns Polizeibeschäftigte beschlossen. So sollen laut Koalitionsvertrags in einem Nachtragshaushalt 2018 250 neue Stellen für die Polizeiverwaltung (Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte) geschaffen werden. Hintergrund dieser Maßnahme ist, dass Polizeivollzugsbeamte durch Fachpersonal von Verwaltungs- und IT-Aufgaben entlastet werden sollen, damit sie wieder ihren Kernaufgaben nachkommen können.

Um eine genaue Haushaltsaufstellung hierzu gewährleisten zu können, wurde den Behördenleitern eine Ideenbörse vorgeschlagen.



Von Martina Wojna

Die Behörden sollten bis zum 30. November in einer ersten groben Sortierung freisetzungsgerechte Dienstposten sowie neu einzurichtende Arbeitsplätze und Dienstposten der Verwaltung benennen.

Hier in der Polizeidirektion Braunschweig wurden im Rahmen dieser Ideenbörse in verschiedenen Arbeitsgruppen etliche, wie ich finde, sehr interessante Vorschläge zur Schaffung solcher Stellen sowie Freisetzungsmöglichkeiten erarbeitet. Ich bin wirklich gespannt, was letztlich davon umgesetzt wird.

Aber mal abgesehen von Freisetzung und der Neuschaffung von Arbeitsplätzen zur Entlastung des Vollzugsbereiches darf man nicht vergessen, welche Auswirkungen die hohen Einstellungszahlen von Vollzugsbeamten für den gesamten Verwaltungsapparat haben. Bereits beim runden Tisch der GdP am 26. September im Starenkasten mit etlichen Landtagskandidaten haben wir eindringlich darauf hingewiesen, dass die vielen neuen Polizeivollzugsbeamtinnen- und -beamten auch verwaltet werden müssen. Da muss auch mal an das be-





reits vorhandene Verwaltungspersonal im Sinne von Entlastungen und auch Perspektiven gedacht werden. Damit sind wir auch schon beim nächsten Thema:

Die Behörde hat für den 15.02.2018 zu einem Workshop „Arbeitswelt und Perspektiven für Verwaltung und Tarif“ eingeladen. Eine tolle Gelegenheit für alle Verwaltungsbeschäftigten sich zu informieren und ggf. aktiv an der Entwicklung möglicher Personalentwicklungsmöglichkeiten auf Behördenebene zu beteiligen. Nutzt bitte diese Chance sich mit Ideen einzubringen, frei nach dem Motto „viele Köpfe - viele Ideen“.

Ich freue mich darauf!

Es wird Anfang des Jahres aber von mir noch eine Information dazu geben. Ansonsten wer-

den wir ja sehen, was das neue Jahr für uns bereithält.

Bis dahin wünsche ich euch eine schöne Weihnachtszeit sowie friedliche und besinnliche Weihnachten im Kreise eurer Lieben.

Nutzt diese Zeit um etwas Luft zu holen und innezuhalten in dieser stressigen Zeit.

„Warten heißt, vertrauend auf das schauen, was kommt...“

Verbunden mit den besten Wünschen für das neue Jahr verbleibe ich mit herzlichen Grüßen

Eure

Martina Wojna



Schon gehört?

... dass der Stundensatz hinsichtlich der Auszahlung von Überstunden in der Besoldungsgruppe A9 - A12 20,72 Euro (Brutto) beträgt? Da es sich hierbei um eine Sonderzahlung handelt, muss diese mit 45 Prozent versteuert werden. Das bedeutet einen Nettostundenlohn von 11,40 Euro, also 2,56 Euro über dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro.



Prima, und das für einen voll ausgebildeten Experten für Sicherheit.

Gewerkschaft der Polizei (GdP)

in der Polizeidirektion Braunschweig



Jörg Kremer
Vorsitzender
Bezirksgruppe Braunschweig
Tel.: 0531-476 1082

Marco Triller
Vorsitzender
Kreisgruppe BEPO BS
Tel.: 0531/476-4342



Hans-Michael Steinhof
Vorsitzender
Kreisgruppe Braunschweig
Tel.: 0531-476 3006



Thomas Krug
Vorsitzender
Kreisgruppe Gifhorn
Tel.: 05371/980-0



Bernhard Habrom
Vorsitzender
Kreisgruppe Wolfsburg
Tel.: 05361/4646-371



Jürgen (Theo) Körner
Vorsitzender
Kreisgruppe Helmstedt
Tel.: 05352/95105-0



Frank Kuhn
Vorsitzender
Kreisgruppe Salzgitter
Tel.: 05341/1897-142



Guido Kriedemann
Vorsitzender
Kreisgruppe Peine
Tel.: 05171/999-0



Martin Weigelt
Vorsitzender
Kreisgruppe Wolfenbüttel
Tel.: 05331/933-0



Jörg Homann
Vorsitzender
Kreisgruppe Goslar
Tel.: 05321/339-400